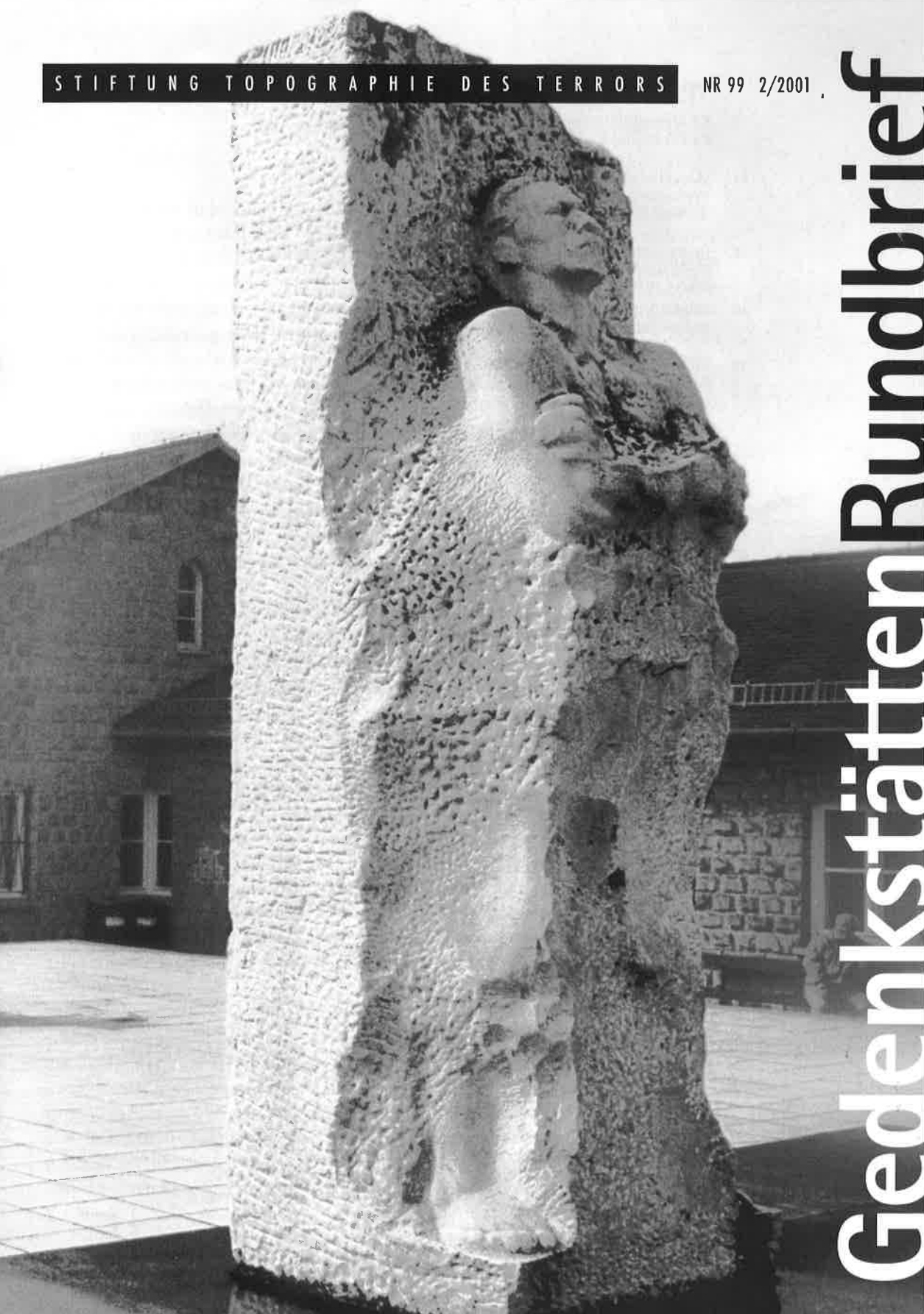


STIFTUNG TOPOGRAPHIE DES TERRORS

NR 99 2/2001

Gedenkstätten Rundbrief



Zur Diskussion, Berichte

- 3 KZ-Gedenkstätte Neue Bremm in Saarbrücken
Burkhard Jellonek
- 13 »Asoziale« als Opfer nationalsozialistischer
Verfolgung gestern und Opfer rechter Gewalt heute
Winfried Meyer
- 26 Gedenkstätte der Verschleppung aus Luxemburg – Bahnhof Hollerich
André Hohengarten
- 30 Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstättenpädagogen gegründet
Thomas Lutz
- 33 Vorbereitende Sitzung zur Gründung einer
Fachgruppe für Gedenkstätten
im International Council of Museums
Jan-Erik Schulte
- 35 Bilder aus Dora – Zwangsarbeit im Raketentunnel 1943–1945
Sonderausstellung im Deutschen Museum
von 19. Januar bis 27. Juli 2001
Matthias Knopp
- 40 »Gut verstehn, nix verstehn«
Wanderausstellung über das KZ Mauthausen
Stefan Weigang
- 41 Veranstaltungshinweise
- 43 Literaturhinweise

*Titelfoto: Sowjetisches Mahnmal
errichtet am 12. Mai 1963 in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen
Foto: Stefan Weigang
Siehe Hinweis auf die Wanderausstellung »Gut verstehn, nix verstehn«
über das KZ Mauthausen in diesem Heft*

KZ-Gedenkstätte Neue Bremm in Saarbrücken

Burkhard Jellonek

»Es war nirgends so schlimm wie auf der Neuen Bremm!« Roger Vanovermeir, französischer Widerstandskämpfer, im Zuge der »Nacht- und Nebel-Aktion« verhaftet, erinnert sich noch heute mit Schrecken an jene elf Tage, die er in dem sogenannten Polizeilager auf der Saarbrücker »Neuen Bremm« im Oktober 1943 erlebte: »Alles geschah mit einer unvorstellbaren Brutalität!« Er weiß, wovon er spricht: Er kann seine Saarbrücker Leidenszeit mit der in den Konzentrationslagern Buchenwald, Lublin, Struthof-Natzweiler und Dachau, wo er schließlich befreit wurde, vergleichen.

Von Anfang 1943 bis Ende 1944 nutzte die Geheime Staatspolizei angesichts des überfüllten Gefängnisses auf der Saarbrücker Lerchesflur ein Barackenlager auf der »Neuen Bremm« als erweitertes Polizeigefängnis. Über die Zahl der Häftlinge weiß man bis heute wenig. Fest steht, dass das Lager als Durchgangsstation auf dem Weg in andere Konzentrationslager wie Natzweiler/Struthof oder Auschwitz diente. Darüber hinaus waren französische Résistance-Kämpfer, Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion und Polen im Saarbrücker Lager inhaftiert, das sich aufgrund der schlechten Ernährungssituation und der sadistischen Folterpraxis seiner Wachmannschaften einen traurigen Ruf erwarb.

Die Geschichte jenes erweiterten Polizeigefängnisses unter Obhut der Saarbrücker Gestapo ist in der saarländischen Nachkriegsgeschichte erfolgreich verdrängt worden. Mit Ausnahme der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes«, die unermüdliche Erinnerungsarbeit leistete und eine, nunmehr in vierter Auflage vorliegende Dokumentation von Dietmar Renger und Reja Bernhard erarbeitete, des Landesjugendringes und einiger temporärer Initiativen wollte sich niemand an die NS-Terror-Stätte an der Grenze zwischen Deutschland und Frankreich erinnern. 1975 wurde das Gelände des Frauenlagers gar durch eine französische Hotelkette überbaut.

Erst im letzten Jahrzehnt kam es zu einem allmählichen Einstellungswandel: Auch die Landeshauptstadt begann, unter ihrer Verantwortung für die versteckte und in jeder Hinsicht vernachlässigte KZ-Gedenkstätte mehr als ein Abschieben von Zuständigkeit zu verstehen. Nach Gründung eines städtischen Arbeitskreises entstand vor knapp drei Jahren die »Initiative Neue Bremm« aus gut 20 Saarbrücker Bürgerinnen und Bürgern, die sich seither mit verschiedenen Aktivitäten gegen das Vergessen einsetzen. Tagungen, die Anregung von Quellenstudien, Zeitzeugengesprächen und Vortragsreihen setzten Akzente.

An der Hochschule der Bildenden Künste Saar entstand das Projekt »Wetterfernsehen« von Sandra Anstatt und Rolf Giegold: Rund um die Uhr wurde ein Live-Bild von der Gedenkstätte auf mehrere, in der Stadt postierte Monitore gesendet. Am 13. Januar 2000 startete sie einen Ideenwettbewerb zur Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Neue Bremm, der auf ein überwältigendes Interesse stieß. 136 Architekten, Künstler, Historiker und interessierte Bürger aus der gesamten Bundesrepublik und dem benachbarten Ausland reichten ihre Arbeiten ein und stellten sich damit dem Urteil der Jury mit renommierten Mitgliedern unter Vorsitz des Berliner Architektur-Historikers Michael S. Cullen.

In einem ersten Durchgang kamen zunächst vier Arbeiten in die engere Wahl, die Preisträger wurden gebeten, ihre Vorschläge zu überarbeiten und zu präzisieren. Ein Jahr nach der Ausschreibung des Wettbewerbs fällte die Jury nunmehr die mit Spannung erwartete Entscheidung. Die beiden Berliner Architekten Nils Ballhausen und Roland Poppensieker wurden mit ihrem Entwurfspaket »Hotel der Erinnerung« ausgezeichnet und sollen nunmehr in Zusammenarbeit mit der Jury den endgültigen Entwurf erarbeiten.

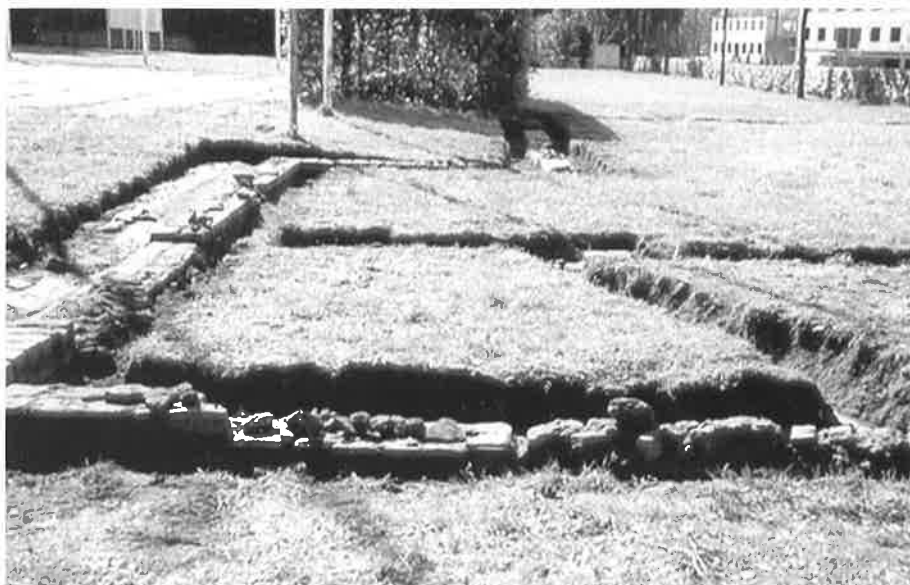
Das Lager 1943 bis 1944

Von Anfang 1943 bis Ende 1944 nutzte die (im Nordflügel des Schlosses residierende) Saarbrücker Gestapo wegen der Überfüllung des Gefängnisses auf der Lerchesflur ein Barackenlager auf der Neuen Bremm als (erweitertes) Polizeigefängnis.

Das Lager befand sich unmittelbar an der stark frequentierten Straße nach Forbach, vis á vis einer vormals beliebten Ausflugsgaststätte, die nun geschlossen wurde. Das Männerlager und das Ende 1943 hinzugekommene Frauenlager waren durch den weiterhin öffentlich bleibenden Alstinger Weg voneinander getrennt. Das mit Stacheldraht und Wachtürmen gesicherte Lagergelände maß ca. 150 x 80 Meter. Die beengten Gefangenenblocks, die Funktionsgebäude und Wachstuben standen im Karree. In der Mitte des Männer- wie des Frauenlagers befand sich jeweils ein Löschwasserbassin.

Für die Häftlinge, die von der Saarbrücker Gestapo festgenommen oder dieser von Dienststellen in Frankreich übergeben worden waren, war das Lager meist Durchgangsstation auf dem Weg in die Konzentrationslager innerhalb Deutschlands oder das KZ Natzweiler in den Vogesen. Wie viele Häftlinge gleichzeitig einsaßen, ist ungewiss. Augenzeugen berichten davon, dass im Männerlager durchschnittlich zwischen 400 bis 500 Menschen zusammengepfercht waren. Die Zahl der Gefangenen, die das Lager in der Zeit seines Bestehens passierten, wird nicht mehr zu ermitteln sein.

*Ausgegrabene
Fundamente einer
Baracke des Männer-
lagers; Teil der
Saarbrücker
KZ-Gedenkstätte
Neue Bremm.
Alle Abbildungen:
Kulturamt der
Landeshauptstadt
Saarbrücken.*



Die größte Häftlingsgruppe kam aus Frankreich: Résistants, aus Gründen des präventiven Terrors Verhaftete, Lothringer und Elsässer, die sich der Annexionspolitik widersetzt hatten, Verwandte von lothringischen Deserteuren, einzelne Juden. Letztere sollten anscheinend am Saarbrücker Hauptbahnhof größeren, meist von Drancy (dem großen Pariser Sammellager) kommenden, nach Auschwitz oder anderen Vernichtungslagern gehenden Transporten zugeführt werden. Aus Frankreich wurden auch zwei englische Offiziere eingeliefert: Es handelte sich um Agenten, die mit dem Fallschirm abgesprungen waren.

Nach aktuellem Forschungsstand gehörten von Wehrmacht und Zivilverwaltung zwangsrekrutierte Fremdarbeiter aus der Sowjetunion und Polen zur zweitgrößten Gruppe der Inhaftierten. Wie im übrigen Reichsgebiet auch, arbeiteten in der saarländischen Industrie zahlreiche Zwangsarbeiter (Mitte 1944 waren es fast 50 000) und Kriegsgefangene (ca. 80 000). Bei den geringsten Vergehen wurden sie von den Betrieben an die Gestapo übergeben, von dieser misshandelt und häufig in die Konzentrationslager verbracht. Besonders hart wurde dabei – der »völkischen« Ideologie und der gegen die Sowjetunion angewandten Vernichtungsstrategie entsprechend – mit den sogenannten »Ostarbeitern« umgegangen.

Deutsche bildeten die dritte Opfergruppe. Hinzu kamen Emigranten aus Frankreich, darunter Angehörige der Résistance und ehemalige Mitglieder der Internationalen Brigaden, aus politischen Gründen Verhaftete, sogenannte »Gemeinschaftsfremde« und Opfer des präventiven Terrors. Nach dem 20. Juli 1944 wurden zahlreiche ehemalige Abgeordnete und Funktionäre der KPD, der SPD und des Zentrums eingeliefert. Häftlinge aus der Region wurden im Allgemeinen besser behandelt als andere.

Lagerkommandant war ein Saarbrücker Polizeinspektor und Untersturmführer der SS. Ihm zur Seite standen ein Polizeiassistent und zwei Sekretärinnen. Das weitere Verwaltungs- und Wachpersonal bestand aus Zivilisten. Zeitweilig waren dies 20 bis 30 sogenannte »Volksdeutsche«, die aus Rumänien umgesiedelt worden waren. Zwei polnische Häftlinge rückten zu Kapos auf. Die meisten jedoch waren, und das ist das



*Mittelpunkt der
Saarbrücker
KZ-Gedenkstätte
Neue Bremm:
Das Löschwasserbassin,
ein Ort, den die Wach-
mannschaften als
Folterstätte nutzten.*

Bemerkenswerteste an der Geschichte des Lagers, kleine Leute aus dem Saarland: aufgrund des Arbeitskräftemangels notdienstverpflichtete Invaliden und Pensionäre oder durch Kriegsumstände erwerbslos gewordene Personen, die vom Arbeitsamt an die Gestapo als Hilfskräfte vermittelt wurden. Unter den namentlich bekannten Wachleuten befanden sich 13 kleine Angestellte oder Selbständige, 17 Arbeiter (darunter sieben pensionierte Bergleute) und zwei Hausfrauen. Etwa ein Viertel der Wachleute war älter als 60 Jahre. Das Durchschnittsalter lag bei fast 50 Jahren. Drei Viertel waren Familienväter, die meisten von ihnen hatten mehrere Kinder. Ein Mitglied der Wachmannschaft hatte einen Sohn durch ein Todesurteil des Volksgerichtshofes verloren. Dennoch arbeitete auch er für das Regime.

Das Verwaltungs- und Wachpersonal des Polizeigefängnisses Neue Bremm legte innerhalb des Männerlagers eine Brutalität an den Tag, die der Folterpraxis der Totenkopf-Formationen der Waffen-SS in den Konzentrationslagern in nichts nachstand. Die Häftlinge wurden um ihre Rationen bestohlen und ausgehungert, Hitze und Kälte ausgesetzt, geschlagen, schikaniert und in der scheußlichsten Weise gequält. Auch das in der Mitte des Lagers befindliche Löschwasserbassin wurde zur Folterstätte.

Vor ihm mussten die Häftlinge stundenlang stramm stehen, sie mussten in der Hocke und mit hinter dem Kopf verschränkten Armen um den Teich hüpfen oder schwere Gegenstände um ihn herumschleppen. Viele wurden bei Frost in den Teich hineingestoßen, mehrere dort ertränkt. Weitere Gefangene wurden erschlagen oder erschossen. Belegt sind 82 Todesfälle auf der Neuen Bremm: 43 Franzosen, 15 Bürger der Sowjetunion, 9 Polen, 4 Deutsche, unter ihnen eine Frau, die infolge einer Diphtherieepidemie umkam. Die Ermordeten waren zwischen 17 und 64 Jahre alt. Ob alle Todesfälle, insbesondere die von Zwangsarbeitern aus dem Osten, registriert wurden, ist eine noch offene Frage. Sicher ist, dass zahlreiche, womöglich Hunderte von Häftlingen, auf dem Weitertransport oder kurz nach ihrer Ankunft in den Konzentrationslagern verstarben.

In den Monaten Mai und Juni des Jahres 1946 fand vor dem *Tribunal général du gouvernement militaire de la zone française d'occupation* in Rastatt ein Prozess gegen mehr als 30 ehemalige Wachleute statt. 14 von ihnen wurden zum Tode verurteilt und erschossen: Drei Gestapobeamte, ein Kapo und zehn »ganz normale« Männer. Auffällig ist, dass von den zehn hauptschuldigen Zivilisten lediglich zwei Mitglieder der NSDAP waren, während unter den anderen zwanzig Angeklagten acht der Partei oder anderen NS-Organisationen angehörten. Die beiden im Umfeld des Prozesses als politisch besonders aktiv eingestuften NSDAP-Mitglieder – beide waren Blockwarte – gehörten *nicht* zu den Hauptschuldigen. Auch dies sind Indizien dafür, dass die NS-Ideologie bei der Tätermotivation eine nachrangige Rolle spielte. Der Schreiner Eduard Leibfried aus Aschbach hatte sich an den Untaten nicht beteiligt, im Gegenteil: er versorgte Häftlinge mit Lebensmitteln. Er wurde deshalb von der Gestapo fristlos entlassen und zwei Wochen lang inhaftiert. Das Beispiel »Leibfried« belegt, dass auch unter den Bedingungen der NS-Herrschaft humanes Handeln möglich gewesen war. Vom Rastatter Gericht wurde er als »grundgütiger und tief gläubiger Mensch« bezeichnet und als einziger Angeklagter freigesprochen.

Das Lagergelände 1945 bis 2000

Das Barackenlager wurde 1945 abgerissen. Der Bodenbelag aus Brasche und die Fundamente der Baracken verschwanden unter der Erde, die seither mit Gras bewachsen ist. Das Lagerareal wurde nach und nach überbaut. In seiner Umgebung, in der es vormals nur eine Gärtnerei gegeben hatte, entstand ein Gewerbegebiet von typischem Stadtrandzuschnitt. Zuletzt ließ eine Hotelkette auf dem Terrain des Frauenlagers ein standardisiertes Geschäftshotel mit einem swimming pool nahe dem ehemaligen Löschteich erbauen.

Ein von einem Komitee französischer Häftlinge und dem Hochkommissariat 1947 errichtetes Mahnmal – ein hoher Pfeiler in Form eines Bajonetts und eine Gedenktafel für die Résistance – erinnert an den militärischen Sieg Frankreichs und den Heroismus des Widerstandes, nicht aber an das Leid der Opfer und die Brutalität der Täter. Durch die spätere Veränderung der Straßenführung wurde der Bajonett-Pfeiler, der ursprünglich unübersehbar in den zwischen Saarbrücken und der französischen Grenze fließenden Verkehr integriert war, aus seiner Beziehung zum Lagergelände gelöst. Sein ursprünglicher Sinn erschließt sich dem Passanten nicht mehr. Auf dem verbliebenen Rest des ehemaligen Lagergeländes wechselten in den letzten Jahrzehnten immer wieder längere Perioden des Verfalls und der Vernachlässigung mit kurzen Aktionen zu seiner Erhaltung und seiner Gestaltung als Gedenkstätte. So wurde 1978, nachdem es Proteste gegen den heruntergekommenen Zustand des Geländes gegeben hatte, der verwitterte Löschteich des Männerlagers, bis dahin die einzig verbliebene authentische Spur, mit einer frischen Betonschicht überzogen. Drei doppelseitig beschriftete Tafeln aus den 80er Jahren mit Informationen über die Entstehung des Lagers und seine Opfer entsprechen nicht mehr dem heutigen Forschungsstand, wie er durch die Arbeiten von Rainer Hudemann/Elisabeth Thalhofer erreicht wurde.

Eine ebenfalls in den 80er Jahren aufgestellte Tafel mit einem Zitat aus einem Interview mit einem Häftling gehört zu einem historischen Lehrpfad, der zum nahe gelegenen jüdischen Friedhof und den Spicherer Höhen führt. Welches die historische Verbindungslinie zwischen diesen Orten ist, wird nicht erklärt.

1999 beschloss die Landeshauptstadt Saarbrücken, die Fundamente der Baracken ausgraben zu lassen, um dadurch einen Rest des Lagers wieder sichtbar zu machen. Auf Initiative des Landesjugendrings stellten 60 Jugendliche über 1 000 Zeitstunden zur Verfügung und legten an einem Projektwochenende die Fundamente einer Baracke frei. Das Gras um den Löschteich herum soll durch schwarze Brasche ersetzt und die zehn Jahre zuvor gepflanzten Eichen sollen wieder gefällt werden, damit das bislang einer Grünanlage gleichende Gelände seiner historischen Atmosphäre wieder nähergebracht wird.

Stellungnahme der »Initiative Neue Bremm«

Auch nach der geplanten Umgestaltung wird das Gelände des ehemaligen Lagers den Besucher über seine Geschichte weitgehend im Unklaren lassen. Im Unterschied zu den ehemaligen Konzentrationslagern etwa in Natzweiler, Dachau, Buchenwald ist nichts mehr erhalten, was einen unmittelbaren Eindruck von der nationalsozialistischen Lagerwelt geben könnte. Nicht nur durch die Bebauung des Umfeldes, sondern auch



Hinweisschilder zur
Geschichte
der »Neuen Bremm«

In den 70er Jahren
überbaute
eine französische
Hotelkette das Gelände
des ehemaligen
Frauenlagers.



durch die Bemühungen, das Gelände als Gedenkstätte auszugestalten, ist es eher aus seiner Geschichte herausgelöst denn in einem wohlverstandenen Sinne musealisiert worden.

Die »Initiative Neue Bremm« gibt zu bedenken, ob allein durch formale Gestaltung die Entfremdung des Geländes von seiner Geschichte rückgängig gemacht werden kann. Ein Anliegen der Initiative ist es, deutlich zu machen, dass an diesem Ort gewöhnliche Menschen unter dem Eindruck spezifischer gesellschaftlicher, politischer und kultureller Bedingungen unsägliche Bestialitäten begingen. Die Gedenkstätte sollte einen nachhaltigen Beitrag der Mahnung leisten, um zu verhindern, was nie wieder passieren darf.

Um aber in situ zur Geschichte des Lagers vorstoßen zu können, muss auch die Geschichte des Areals nach 1945 – eine Geschichte der Gleichgültigkeit wie auch des hilflosen guten Willens und der politischen Instrumentalisierung – transparent gemacht werden. Die Blöcke, die zwischen Heute und Gestern geschoben wurden, können nicht mehr entfernt werden; aber sie können begrifflich thematisiert und dadurch – die Metapher wörtlich nehmend – »kritisch durchdrungen« werden. Zu solcher Archäologie genügt eine knappe, unkommentierte Chronologie der Veränderungen des Areals und seines Umfeldes seit 1945. Die schlichte Auflistung der Zerstörungen, Vernachlässigungen und der Bemühungen ums Gedenken und ihre Revisionen würde deren Ergebnisse, die im Unterschied zum ehemaligen Lager noch zu besichtigen sind, als Monumente des Umgangs der deutschen Gesellschaft mit ihrer Vergangenheit darstellen.

Texte und Abbildungen zur Lagergeschichte 1943 bis 1944 und zur Geschichte des Geländes 1945 bis 2000 sollten in einer Weise dargeboten werden, die auf den geschichtlichen und räumlichen Kontext Antworten sucht.

Damit überhaupt Betrachter am Ort des Geschehens die Geschichte der »Neuen Bremm« und ihre Bedeutungen realisieren, müssen sie den Weg dorthin finden. In der NS-Zeit lag das Lager an einer stark frequentierten Straße und in einem Naherholungsgebiet. Heute ist es von einem Gewerbegebiet und einer breiten Autostraße flankiert und damit von der städtischen Öffentlichkeit abgetrennt. Die subjektive Anstrengung des Wegsehens ist den Passanten durch moderne Stadtentwicklung abgenommen. Soll aber das Lagerareal wieder in den Blickwinkel der Bürger gerückt werden, so müssen Informationen oder Zeichen entwickelt werden, die den Weg von der Stadt zur »Neuen Bremm« weisen und die zwischen sie geschobenen Wahrnehmungsblockaden überlisten.

Ziele und Ablauf des von der »Initiative Neue Bremm« initiierten Ideenwettbewerbs

Die »Initiative Neue Bremm« wollte mit ihrer Wettbewerbsausschreibung die Öffentlichkeit anregen, Entwürfe zur Neukonzeption des Lagergeländes einzureichen. Zum Ausdruck kommen sollte die Geschichte des Lagers, aber auch der Umgang und die Rezeption des Lagers seit Kriegsende. Die Initiative erwartete Konzeptionen und Formen, in denen die Informationen zur Geschichte des Lagers und des Lagergeländes präsentiert und Bezüge zur städtischen Öffentlichkeit hergestellt werden. Eine Reduktion auf rituelles Gedenken sollte vermieden werden.

Hochkarätig besetzt war dann auch die Jury des mit 14 000 DM dotierten Ideenwettbewerbs. Neben dem Berliner Bauhistoriker und Publizisten Michael S. Cullen gehört

der Vizepräsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Dr. Michel Friedman, der Künstler Prof. Jochen Gerz, der Rektor der Hochschule der Bildenden Künste Saar, Prof. Horst-Gerhard Haberl, die Saarbrücker Architekten Wolfgang Lorch und Peter Alt, der Direktor der Saarbrücker Stadtgalerie, Prof. Bernd Schulz und Saarbrückens Oberbürgermeister und Städtetags-Präsident Hajo Hoffmann der Jury an.

Bis zum 7. April 2000 waren bundesweit Architekten, bildende Künstler, Designer, Historiker und andere an der Erinnerungsarbeit Interessierte aufgefordert, ihre Vorschläge zur Umgestaltung des Geländes zu unterbreiten. Das Ergebnis übertraf selbst die kühnsten Erwartungen. Mit 136 Einsendungen hatte keiner der Mitglieder der Initiative Neue Bremm gerechnet. Zwar ließen weit über 400 Anfragen aus der gesamten Bundesrepublik und dem benachbarten Ausland bereits auf hohes Interesse schließen, aber ein Rücklauf von weit mehr als 30 Prozent war eine hervorragende Bilanz. »Wir sind überwältigt!« freute sich Initiative-Sprecher Dr. Kurt Bohr.

Unter dem Vorsitz von Michael S. Cullen hatte die Jury zwei Gruppen mit je zwei Preisträgern gebildet. Je DM 4000 lobte sie für die Gemeinschaftsarbeit des Dipl.-Ing. Architekten Markus Kuntscher (München) und des Landschaftsarchitekten Max Leuprecht (Bad Aibling) sowie für Christian H. Cordes (Berlin) aus. Je 3 000 DM wurden den Entwürfen von Dipl.-Ing. Ute Hoffmann und Dipl. Martin Schneid (Architekturbüro Göbel & Partner in München) sowie der Arbeit von Roland Poppensieker und Niels Ballhausen (Berlin) zugesprochen. Die Arbeit von Kuntscher/Leuprecht rahmt die KZ-Gedenkstätte und wird darüber hinaus mit Namen von Tätern und Opfern im Stadtraum sichtbar. Christian H. Cordes erfasst das in einem Gewerbegebiet liegende ehemalige Lager kulissenartig als Gedenkort. Die Berliner Preisträger Poppensieker und Ballhausen thematisieren auf provokante Weise die Gedenkstätte, deren ehemaliges »Frauenlager« in den 70er Jahren von einem Hotel überbaut wurde, als einen »transitorischen Ort« des Vergessens und etablieren dagegen ein »Hotel der Erinnerung«. Ute Hoffmann und Martin Schneid entwarfen einen Bretterzaun entlang der Metzger Straße mit der zweisprachigen Aufforderung zum Weitergehen: »Hier ist nichts zu sehen«. Durch diese Idee wollten die Preisträger Passanten zu näherem Hinsehen animieren.

Der Entscheidung der Jury schloss sich eine öffentliche Präsentation aller 136 Wettbewerbsarbeiten im Historischen Museum Saar an. Vor überfülltem Haus, die Saarbrücker Zeitung unterstrich den »großartigen Besuch der Ausstellungs-Eröffnung«, hob Jury-Mitglied und Oberbürgermeister Hajo Hoffmann nochmals die Schwere der Entscheidung hervor. Von einem »Tag der leisen und verhaltenen Freude« sprach die Bevollmächtigte des Saarlandes beim Bund, Frau Staatssekretärin Monika Beck: »So erhalten die vielen Opfer ihre Würde zurück!«

In der Folgezeit hatten die vier Preisträger Gelegenheit, die Anregungen der Jury zu diskutieren und ihre Entwürfe nochmals zu präzisieren. Öffentliche Präsentationen vor Schulklassen, die vom Saarländischen Rundfunk im Rahmen der Sendereihe »SR-Generationenkonferenz« übertragen wurden, aber auch Treffen mit der Initiative Neue Bremm waren weitere Stationen auf dem Weg zur vielbeachteten Entscheidung. Diese fand nach dem Willen der »Initiative Neue Bremm« genau ein Jahr nach der Auslobung des Wettbewerbs am 13. Januar 2001 statt, dem Jahrestag der Volksabstimmung über den Beitritt des Saargebietes zum Deutschen Reich im Jahre 1935.

Unter dem Vorsitz von Michael S. Cullen entschied sich die Jury am 13. Januar 2001 für das Berliner Architektenteam Nils Ballhausen und Roland Poppensieker. Das Gre-

mium, bestehend aus Peter Alt, Prof. Horst Gerhard Haberl, Hajo Hoffmann, Wolfgang Lorch, Johann Peter Lüth, Prof. Bernd Schulz und den Sachgutachtern Gerhard Ames, Dr. Kurt Bohr, Prof. Rainer Hudemann, Dr. Burkhard Jellonnek und Dietmar Renger, fällt nach eingehender Diskussion folgenden einstimmigen Beschluss:

■ Die Berliner Architekten Nils Ballhausen und Roland Poppensieker sollen mit der weiteren planerischen Umsetzung ihrer Konzeption »Hotel der Erinnerung« beauftragt werden.

■ Die Jury hat die Mitglieder Horst Gerhard Haberl, Wolfgang Lorch und Bernd Schulz beauftragt, mit den Preisträgern über die Präzisierung des Entwurfspaketes zu diskutieren.

■ Anschließend soll die Jury in einer letzten Sitzung den endgültigen Entwurf verabschieden.

In drei Schritten wollen die Wettbewerbs-Gewinner vorgehen: Zunächst sollen die Baracken-Fundamente freigelegt werden, die neben dem Löschteich die letzten »authentischen Zeugnisse« sind und nicht überlagert werden dürfen. Desweiteren plädieren Ballhausen/Poppensieker dafür, die heutige Grasfläche durch eine dunkle Kiesfläche zu ersetzen.

Im zweiten Schritt planen sie ein »raumhaltiges Billboard«, ein Leuchtschriftband mit den Begriffen »hostal – hostile – hotel – hostage – hostel«, das zeigt, wie aus einem Wortstamm die Bezeichnungen für »gastfreundlich« und »feindlich« erwachsen.

In einem dritten Schritt stellen sie sich vor, wie aus zwei Erdgeschoss-Zimmern des Hotels ein verglastes Gedenkzimmer mit Sichtachse zum Löschteich werden könne. Das Ganze ist ein »Entwurfspaket«, das nun in der Diskussion mit den Preisträgern präzisiert werden soll. Die Jury regte gegenüber der »Initiative Neue Bremm« die Einsetzung einer Baukommission an, die die planerische Ausgestaltung begleiten wird.

Die Jury favorisierte diesen Entwurf, »weil er mit hoher Sensibilität die Spurensicherung auf dem Lagergelände gewährleistet und die Geschichte des Lagers mit seinen gezielt gesetzten Interventionen reflektiert und kommentiert.«

Darüber hinaus greift, so die Jury in ihrer Begründung, »der Entwurf über den heute vorhandenen Bereich des Lagers hinaus und bindet zudem das Frauenlager mit ein, das in den 70er Jahren durch ein Hotel überbaut wurde. So wird auf eindrucksvolle Weise nicht nur die eigentliche Geschichte des Lagers, sondern auch die Rezeptionsgeschichte bis in die Gegenwart thematisiert.«

Die »Initiative Neue Bremm« wird in den nächsten Wochen und Monaten mit Nachdruck an der Umsetzung des Projektes der Berliner Preisträger arbeiten, für dessen Realisierung anschließend noch die Zustimmung der städtischen Gremien eingeholt werden muss. Für einen exakten zeitlichen »Fahrplan« ist es aber nach Ansicht des Sprechers der »Initiative Neue Bremm«, Dr. Kurt Bohr, noch zu früh: »Erst muss die Finanzierung stehen. Die Landeshauptstadt Saarbrücken hat mit der Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 200 000 DM den Anfang gemacht, nun darf sich auch die Landesregierung nicht ihrer Verantwortung entziehen!« Mit dem Bund möchte die Initiative noch über die Bereitstellung von Mitteln aus dem Gedenkstättenfonds verhandeln.

Gefragt ist aber nicht allein die öffentliche Hand. Auch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist gefordert. Nur auf diesem Wege ist nach Ansicht der Initiative die Gedenkstätte langfristig im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Mit Künstler-Aktionen, Vorlesungen sowie Sammlungen will sie um finanzielle Unterstützung aus der Bürgerschaft werben.

Besonders die Arbeit mit Schülerinnen und Schülern erscheint der Initiative wichtig. In einem Gespräch mit Staatssekretär Hansgünter Lang im Kultusministerium wurde die Erstellung pädagogischen Begleitmaterials für Schulklassenbesuche auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Neue Bremm vereinbart, auch bezüglich eines Internet-Auftrittes und der Herausgabe eines Gedenkstättenführers herrscht Einvernehmen. »Oberstes Ziel unserer Arbeit ist es, möglichst viele Menschen in den Entstehungsprozess der Gedenkstätte einzubeziehen«, betont Dr. Kurt Bohr.

Auf keinen Fall soll das Denkmal als Schlusspunkt verstanden werden: Immer wieder muss die Diskussion neu entfacht werden, permanent die Auseinandersetzung mit der Geschichte stattfinden. Das entspreche am besten der Eigenart des Lagers »Neue Bremm«. Dort seien »ganz normale Bürger« als Wachpersonal eingesetzt gewesen, die sich »wie Bestien« gerierten. Die Lehre: das Böse steckt in vielen Menschen. Man muss es stets bekämpfen.

Dr. Burkhard Jellonnek,
seit 1995 Leiter der
Landeszentrale für
politische Bildung
des Saarlandes,
promovierte mit einer
Arbeit zur Homo-
sexuellenverfolgung
während des Dritten
Reiches. Von Beginn
an arbeitet der
Historiker in der
Saarbrücker »Initiative
Neue Bremm« mit.

*Initiative Neue Bremm, c/o Landeszentrale für politische Bildung, Beethovenstraße 26,
66125 Saarbrücken, Tel. 068 97/79 08 76, Fax 068 97/79 08 77*

*Der Ideenwettbewerb »KZ-Gedenkstätte Neue Bremm« im Internet:
www.lpm.uni-sb.de/start/lpb/NeueBremm/NeueBremm.htm*

Literatur (Auswahl)

- Bernard, Raja und Renger, Dietmar: Neue Bremm. Ein KZ in Saarbrücken, Frankfurt/Main 1984, (4. Auflage, 1999)
- Flender, Armin: Öffentliche Erinnerungskultur im Saarland nach dem Zweiten Weltkrieg, Baden-Baden 1998.
- Herrmann, Hans-Walter: Saarbrücken unter der NS-Herrschaft, in: Wittenbrock, Rolf (Hg.): Geschichte der Stadt Saarbrücken, Saarbrücken 1999, Bd. II, S. 243–338.
- Horch, Hans: Das Lager »Neue Bremm«. Anmerkungen aus pädagogischer Sicht, in: Saarbrücker Hefte Nr. 81, Sommer 1999.
- Krämer, Hans-Henning und Plettenberg, Inge: Feind schafft mit... Ausländische Arbeitskräfte im Saarland während des Zweiten Weltkriegs, Ottweiler 1992.
- Landeshauptstadt Saarbrücken, Kulturstadt (Hg.): KZ und Gedenkstätte Neue Bremm in Saarbrücken, Dokumentation 1943–1999. Bearbeitet von Stefan Barton, Saarbrücken, 2. Auflage 1999.
- Mallmann, Klaus-Michael; Paul, Gerhard; Schock, Ralph und Klimmt, Reinhard (Hg.): Richtig daheim waren wir nie. Entdeckungsreisen im Saarrevier 1815–1955, Bonn 3. Auflage 1995.
- Mallmann, Klaus-Michael und Paul, Gerhard: Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich, Bonn 1991.
- Muskalla, Dieter: NS-Politik an der Saar unter Josef Bürckel. Gleichschaltung – Neuordnung – Verwaltung, Saarbrücken 1995 (= Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung, Bd. 25).
- Paul, Gerhard und Mallmann, Klaus-Michael (Hg.): Die Gestapo. Mythos und Realität, Darmstadt 1996.
- Stadtverband Saarbrücken, Regionalgeschichtliches Museum (Hg.): Zehn statt Tausend Jahre. Die Zeit des Nationalsozialismus an der Saar 1935–1945, Saarbrücken 1988.
- Thalhofer, Elisabeth und Hudemann, Rainer: Das Saarbrücker Lager Neue Bremm (1943–1944), in: Sandra Anstatt, Rolf Gigold, Wetterfernsehen – Telematische Skulptur der KZ-Gedenkstätte Neue Bremm, Stuttgart 2001, S. 62–70 (erscheint im März 2001).
- Thalhofer, Elisabeth: Das Polizeigefängnis Neue Bremm in Saarbrücken 1943–1944, in: Rainer Hudemann, Alfred Wahl (Hg.): Lothringen und Saar seit 1870 – Grenzüberschreitende Perspektiven, Lorraine et Sarre depuis 1870 – Perspectives transfrontalières, Metz 2001.
- Vanovermeir, Roger: »Einige sehnten den Tod herbei!« Vortrag und Fragen an R. Vanovermeir über seine Zeit als Häftling der »Neuen Bremm«, Dokumentation der Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes, Saarbrücken, 2. Aufl. 2000.
- Wolfanger, Dieter: Anton Dunckern. Der erste Gestapochof des Saarlandes und spätere Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Lothringen-Saarpfalz, in: Jahrbuch für Westdeutsche Landesgeschichte 18, 1992, S. 303–324.

»Asoziale« als Opfer nationalsozialistischer Verfolgung gestern und Opfer rechter Gewalt heute

VERANSTALTUNG ZUM GEDENKTAG FÜR DIE OPFER
DES NATIONALSOZIALISMUS IN DER GEDENKSTÄTTE UND
DEM MUSEUM SACHSENHAUSEN AM 26. JANUAR 2001

Winfried Meyer

Seitdem der damalige Bundespräsident Roman Herzog 1996 den 27. Januar, den Jahrestag der Befreiung von Auschwitz zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus erklärt hat, steht in der Gedenkstätte und dem Museum Sachsenhausen an diesem Tag jeweils eine Häftlingsgruppe des KZ Sachsenhausen im Zentrum des Gedenkens und der Erinnerung. Nach den polnischen Häftlingen 1997 waren das mit den Zeugen Jehovas 1998, den Homosexuellen 1999 und den Sinti und Roma im letzten Jahr drei Gruppen, die über Jahrzehnte zu den vergessenen Opfern des NS-Regimes gehörten. Während die Verbände dieser konfessionellen, sexuellen und ethnischen Minderheit in den letzten Jahren die Verfolgung von Angehörigen ihrer Gruppen durch das NS-Regime der Vergessenheit zumindest ein Stück entreißen konnten, gilt das nicht für die von den Nationalsozialisten als »Asoziale« verfolgte Menschen, an die in der Gedenkstätte und dem Museum Sachsenhausen am 27. Januar 2001 erinnert wurde. Da »Asozialität« noch immer stigmatisierend wirkt, konnten weder ehemalige »asoziale« Häftlinge des KZ Sachsenhausen über ihre Verfolgung berichten noch Verbandsvertreter über deren heutige Situation sprechen.

Gewissermaßen an ihrer Stelle informierten daher der stellvertretende Leiter der Gedenkstätte Sachsenhausen, Winfried Meyer, Schülerinnen und Schüler des Oranienburger Runge-Gymnasiums und Frank Jansen, Redakteur des Berliner »Tagesspiegel« und für seine Berichterstattung über den Rechtsextremismus im vergangenen Jahr mit der Carl-von Ossietzky-Medaille ausgezeichnet, auf einer Veranstaltung am 26. Januar 2001 vor mehr als 150 überwiegend jugendlichen Gästen über »Asoziale« als Opfer nationalsozialistischer Verfolgung gestern und rechter Gewalt heute«. Im folgenden Auszüge aus den Beiträgen:

Die nationalsozialistische Verfolgung der »Asozialen« und die Aktion »Arbeitsscheu Reich«

Winfried Meyer

(...) Unter der stigmatisierenden Bezeichnung »Asoziale« wurden von den Nationalsozialisten in unterschiedlicher Zusammensetzung und mit wechselnder Intensität zahlreiche Gruppen von Menschen verfolgt, die überwiegend, aber nicht ausschließlich den subproletarischen Schichten, oder wie man heute vielleicht eher sagen würde, gesellschaftlichen Randgruppen angehörten, wie Bettler, Obdachlose, Alkoholranke,

chronisch Kranke, Alkoholsünder im Straßenverkehr, Unterhaltsverweigerer, Prostituierte und Zuhälter, kriminelle und rebellische Jugendliche, sogenannte Arbeitsscheue und Fürsorgeempfänger, schließlich Zigeuner, womit sowohl Sinti und Roma als auch Menschen mit »zigeunerischer« Lebensweise gemeint waren.

Ein Jahr nach dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise, die Millionen von Menschen in existentielle Not gestürzt hatte, und ein gutes halbes Jahr nach ihrer Machtübernahme nahmen die Nationalsozialisten ihren Kampf gegen die Armut mit einer spektakulären Aktion gegen die Armen auf. Auf Anregung des Propagandaministers Joseph Goebbels und begleitet von einer publizistischen Offensive gegen das Bettlerunwesen nahmen die Polizeibehörden in einer reichsweiten Razzia im September 1933 mehr als 100 000 Bettler fest. Nachdem damit die Ärmsten der Armen so weit eingeschüchtert schienen, dass sie sich in der Folgezeit zumindest in der Öffentlichkeit der großen Städte weniger zu zeigen wagten, wurden die meisten der Verhafteten nach etwa sechs Wochen wieder aus der Haft entlassen. Trotz einzelner lokaler und regionaler Razzien der Polizei gegen Bettler und Landstreicher begnügten sich die Nationalsozialisten in den folgenden Jahren mit einer Verschärfung der schon im 19. Jahrhundert entstandenen Instrumente zur sozialen Disziplinierung subproletarischer Gruppen. Vor allem das Instrument der »korrektionalen Nachhaft«, d.h. der Internierung in einem Arbeitshaus nach Verbüßung einer Haftstrafe wegen Bettelei und Landstreicherei wurde erweitert bis hin zur Möglichkeit einer lebenslangen Arbeitshaus-Einweisung. Träger dieser Maßnahmen und zahlreicher ausgebauter und neugegründeter Arbeitshäuser waren vor allem kommunale und Landesbehörden sowie die privaten Wohlfahrtsverbände, während Reichsbehörden und die Polizei in der Verfolgung der jetzt immer häufiger als »Asoziale« charakterisierten Gruppen zunächst keine Rolle spielten.

Das Ende dieser von Wolfgang Ayaß als autoritär charakterisierten Phase der nationalsozialistischen »Asozialen«-Verfolgung wurde eingeleitet durch den Grund-erlass »Vorbeugende Verbrechensbekämpfung« des Preußischen und Reichsministers des Inneren vom 14. Dezember 1937, der gleichzeitig den Beginn einer rassistisch begründeten Verfolgung markierte. Mit dem Erlass wurde die Verhängung polizeilicher Vorbeugungshaft, die bereits seit November 1933 gegen sogenannte Berufsverbrecher möglich war, auf die als »Asoziale« bezeichneten Gruppen ausgedehnt. Damit wurde die Verfolgung der »Asozialen« zur hauptsächlichen Aufgabe der Kriminalpolizei, die nach einem Wort des Reichskriminalpolizeidirektors Arthur Nebe von 1939 ihre Aufgabe nicht nur in der schlichten Bekämpfung von Kriminalität sah, sondern maßgeblich auch in die »Formung des deutschen Menschen« eingeschaltet sein wollte.

Entscheidend für die neue Qualität war, dass in dem Erlass des Innenministers Frick die Einbeziehung der »Asozialen« in die kriminalpolizeilichen Verfolgungsmaßnahmen ausdrücklich mit der Auswertung der durch die kriminalbiologische Forschung gewonnenen Erkenntnisse begründet wurde. Damit bezog sich der Erlass auf die Ergebnisse von Rassehygienikern und Kriminalbiologen wie dem Psychiater Dr. Dr. habil Robert Ritter, der seit November 1936 die Rassenhygienische und Bevölkerungsbiologische Forschungsstelle des Reichsgesundheitsamtes leitete. Er avancierte wenig später zum kriminalbiologischen Berater des Reichskriminalpolizeiamtes, nachdem er 1937 in seiner Habilitationsschrift unter dem programmatischen Titel »Ein Menschen-schlag« festgestellt haben wollte, daß »Asoziale« und »Verbrecher« eine biologische Einheit darstellten, welche Ritter »Das Gaunertum« nannte. Dass Ritter sich mit solchen

Feststellungen im Einklang mit der an den deutschen Universitäten etablierten Erblehre und Rassenbiologie befand, dokumentieren die Befunde eines anderen akademischen Erbbiologen, wonach »Verbrecher« und »Asoziale« eine »echte völkische Unterschicht« darstellten, die von der »gesamten Unterwelt der Gene« geprägt sei. (...)

Während die Kriminalpolizei noch auf Ausführungsbestimmungen für den Kampf gegen die vermeintliche »völkische Unterschicht« und die »Unterwelt der Gene« wartete, ordnete der Reichsführer SS Heinrich Himmler am 26. Januar 1938 einen »einmaligen umfassenden und überraschenden Angriff« der eigentlich für die politische Gegnerbekämpfung zuständigen Geheimen Staatspolizei gegen »Arbeitsscheue« an. In einer eigentlich für Anfang März geplanten, aber wegen der Inanspruchnahme der Gestapo nach dem gewaltsamen Anschluss Österreichs verschobenen Verhaftungsaktion wurden von der Gestapo zwischen dem 21. und 30. April 1938 reichsweit mehr als 1 500 Männer verhaftet. Dabei handelte es sich ausschließlich um sesshafte und arbeitsfähige Männer, die zweimal vorgeschlagene Arbeitsstellen abgelehnt oder nach kurzer Zeit aus Arbeitsverhältnissen ausgeschieden und der Gestapo von der Arbeitsverwaltung und den Fürsorgebehörden genannt worden waren. Alle Verhafteten wurden in das KZ Buchenwald bei Weimar eingeliefert. Da der erste dort eintreffende Transport mit 21 Verhafteten am 21. April unter der Bezeichnung »Arbeitsscheu Reich« registriert worden war, setzte sich diese Bezeichnung schließlich für alle Aktionen von Kriminalpolizei und Gestapo gegen »Asoziale« im Jahre 1938 durch.

Inzwischen hatte das Reichskriminalpolizeiamt am 4. April 1938 Richtlinien für die Durchführung des Ministererlasses erstellt, die neben der Anweisung, die Vorbeugungshaft in den Konzentrationslagern Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen vollstrecken zu lassen, auch eine Definition des »Asozialen« enthielten: »Als asozial gilt, wer durch gemeinschaftswidriges, wenn auch nicht verbrecherisches Verhalten zeigt, dass er sich nicht in die Gemeinschaft einfügen will. Demnach sind asozial:

- Personen, die durch geringfügige, aber sich immer wiederholende Gesetzesübertretungen sich der in einem nationalsozialistischen Staat selbstverständlichen Ordnung nicht fügen wollen, also Bettler, Landstreicher bzw. Zigeuner, Dirnen, Trunksüchtige, mit ansteckenden Krankheiten, insbesondere Geschlechtskrankheiten, behaftete Personen, die sich den Maßnahmen der Gesundheitsbehörden entziehen

- Personen ohne Rücksicht auf etwaige Vorstrafen, die sich der Pflicht zur Arbeit entziehen und die Sorge für ihren Unterhalt der Allgemeinheit überlassen, z.B. Arbeitsscheue, Arbeitsverweigerer, Trunksüchtige«.

Am 1. Juni 1938 schließlich wies Reinhard Heydrich als Chef der Sicherheitspolizei, zu der Gestapo und Kripo zusammengefasst waren, die Kriminalpolizeileitstellen an, in der Woche zwischen dem 13. und 18. Juni 1938 mindestens 200 männliche arbeitsfähige Personen, in Vorbeugungshaft zu nehmen, und zwar erstens »Landstreicher, Bettler, Zigeuner und nach Zigeunerart umherziehende Personen und Zuhälter« und zweitens »alle männlichen Juden mit einer Gefängnisstrafe von mindestens einem Monat«. Solche Vorstrafen hatten vergleichsweise viele Juden, weil die Lebensbewältigung als verfolgte Minderheit Verstöße gegen irgendeine der seit 1935 gegen Juden erlassenen diskriminierenden Vorschriften fast unvermeidlich machte.

Insgesamt nahm die Kriminalpolizei zwischen dem 13. und 18. Juni 1938 mehr als 10 000 Menschen, die vor allem in Obdachlosenasylen und Heimen der Fürsorge ergriffen wurden, in »polizeiliche Vorbeugungshaft«. Allein in das KZ Sachsenhausen

*Einführungsreferat
von Winfried Meyer
vor mehr als
150 Gästen im
Veranstaltungsraum
der Gedenkstätte und
des Museum
Sachsenhausen.*



*Eine Schülerin der
Projektgruppe des
Runge-Gymnasiums
und »Tagesspiegel«-
Redakteur Frank
Jansen während einer
Zwischenfrage.*



*Ein Schüler
der Projektgruppe des
Runge-Gymnasiums
bei der Vorstellung von
Biographien »asozialer«
Häftlinge des
KZ Sachsenhausen.*



wurden in mehreren Transporten zwischen dem 16. und dem 23. Juni über 6 000 Menschen eingeliefert, als »Asoziale« registriert und mit einem braunen Winkel an der Häftlingskleidung gekennzeichnet, der später durch einen schwarzen Winkel ersetzt wurde. Schon die ersten Neuankömmlinge wurden von der Lager-SS mit besonderer Brutalität empfangen, wie aus dem Erinnerungsbericht eines politischen Häftlings hervorgeht: »Als die ersten Zugänge nackt in der Baracke stehen, kommt Lagerführer Baranowski und lässt sie in die Nacht hinaustreten. Draußen steht der Block. Baranowski bestimmt zehn Häftlinge, die nacheinander ausgepeitscht werden. Die Neuen sind starr vor Entsetzen. Nur das Schreien der Gemarteten gelst uns in den Ohren. Ist das Opfer bewusstlos geworden, hört man nur noch den Ochsenziemer auf den Körper klatschen. Baranowski lässt kaltes Wasser bringen, womit die Besinnungslosen über-gossen werden. Dann verkündet er, dass diese Strafe künftig bei dem geringsten Vergehen verhängt werde. Bei jedem dieser neu antreffenden Transporte wird eine solche Abschreckung veranstaltet; willkürlich ausgesuchte Opfer erhalten 25 Stockhiebe.«

Obwohl Vorbereitungen für die Aufnahme einer größeren Anzahl von Neuankömmlingen im Lager getroffen worden waren, übertraf die Zahl der Einlieferungen offensichtlich alle Erwartungen. So reichten weder Häftlingsbekleidung und Schuhwerk noch die Unterbringungsmöglichkeiten. Die Neuankömmlinge wurden vor allem im dritten und vierten Barackenring untergebracht, wo sich in einem für 146 Häftlinge gedachten Barackenflügel jetzt mehr als 400 Häftlinge in qualvoller Enge zusammen-drängten, nachdem die Bettgestelle entfernt und durch auf den Boden verteilte halb-gefüllte Strohsäcke ersetzt worden waren. Tisch, Hocker und Spinde mussten sich jeweils drei Häftlinge teilen und die knappen Toiletten und Waschgelegenheiten erlaubten der Masse der Inhaftierten noch nicht einmal die notwendigste Hygiene.

Am 1. August 1938 waren von insgesamt 9 183 Häftlingen immer noch 6 125 »Asoziale«, von denen 442 Sinti und Roma und 766 Juden waren, während sich nur etwa 1 700 politische Häftlinge im Lager befanden. Mit einem Schlag stellten die mit braunen bzw. schwarzen Winkeln gekennzeichneten »Asozialen« die Mehrheit in der Häftlingsgesellschaft, die bisher von den Politischen, den »Roten«, und den Kriminellen, den »Grünen«, dominiert worden war. Im Gegensatz zu den politischen und den krimi-nellen Häftlingen konnte sich unter den »Asozialen« aber kein Gruppenbewusstsein entwickeln, da »Asozialität« als von außen auferlegtes Stigma empfunden wurde und deswegen keinerlei besonderes Zusammengehörigkeitsgefühl in der Gruppe begründen konnte. Trotz ihrer zahlenmäßigen Dominanz zumindest im zweiten Halbjahr 1938 gelang es den »asozialen« Häftlingen deshalb auch nicht, Positionen in der Häftlings-verwaltung zu erringen. Diese blieben nach wie vor in der Hand der zu Minderheiten gewordenen Roten und Grünen, die aus diesen Positionen den Angehörigen ihrer Gruppen einen gewissen Schutz angedeihen lassen konnten, der den vollkommen individualisierten »Asozialen« fehlte, was zu einer besonders hohen Sterblichkeit in dieser Gruppe führte.

Die Zahl und der prozentuale Anteil der »Asozialen« unter den Häftlingen des KZ Sachsenhausen hatten bereits Ende Juni 1938 ihren Höchststand erreicht. Von diesem Zeitpunkt an ging ihre Zahl kontinuierlich zurück, aber nicht etwa deswegen, weil sie – wie noch 1986 in einem Bericht der Bundesregierung über Wiedergutmachung und Entschädigung für nationalsozialistisches Unrecht behauptet wurde – schon im Zuge einer Amnestie zu Hitlers 50. Geburtstag am 20. April 1939 überwiegend wieder

freigekommen wären. Der Rückgang der Zahl der »Asozialen« im KZ Sachsenhausen auf 4 753 Ende 1938, immerhin noch 3 613 Ende 1939 und 1 295 Ende 1940 auf knapp 500 im Frühjahr 1945 war außer auf vereinzelte Entlassungen vor allem auf die vergleichsweise hohe Sterblichkeit in dieser Gruppe sowie durch Verlegungen in andere Lager bedingt. Dass sich die Zahl der Neueinlieferungen in die Konzentrationslager sehr in Grenzen hielt, lag auch nicht an einer nachlassenden Verfolgung dieser Gruppe, sondern daran, dass sich die Polizeibehörden ab 1940 mit den »Polizeilichen Jugendschutzlager« für kriminelle und rebellische Jugendliche und den »Arbeitserziehungslagern« für »Arbeitsbummelanten« andere Formen der Wegsperrung von als »asozial« eingestuften Menschen geschaffen hatten. (...)

Über den Charakter und die Funktion der Verhaftungsaktionen von Gestapo und Kriminalpolizei gegen »Asoziale« im Frühjahr und Sommer 1938 hat es in der wissenschaftlichen Forschung unterschiedliche Meinungen gegeben. Weitgehend durchgesetzt hat sich schließlich die Ansicht, dass die Mobilisierung von Arbeitskraftreserven für den Vierjahresplan und die Kriegsvorbereitung sowie für wirtschaftliche Vorhaben der SS eine entscheidende Rolle gespielt habe. Im Zuge der von Kriegsvorbereitungen angeheizten Hochkonjunktur hatte sich im Laufe des Jahres 1938 ein zunehmender Arbeitskräftemangel als entscheidendes Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung ergeben. Nicht nur war die Arbeitslosigkeit von 1,05 Mio. im Januar auf 152 000 im November 1938 zurückgegangen, sondern außer den 900 000 ehemals Arbeitslosen waren weitere 1,2 Mio. Menschen in den Produktionsprozess eingegliedert worden. Unter Bezug auf diese Zahlen stellte der Jahreslagebericht des Sicherheitsdienstes der SS für das Jahr 1938 unter der Überschrift »Wirtschaft: Erschöpfung der Arbeitskraftreserven« fest, »dass zumindest im Altreich nahezu die letzten arbeitseinsatzmäßigen Reserven erschöpft sein dürften, nachdem man im Laufe des Jahres verschiedene Aktionen gegen Arbeitsscheue, Eintänzer, Hausierer und Straßenhändler zum Zwecke eines sinnvollen Arbeitseinsatzes durchgeführt hatte«.

Während der Einlieferung der von der Kriminalpolizei in Vorbeugungshaft genommenen »Asozialen« wurde am 22. Juni 1938 mit einer Verordnung Görings, des Beauftragten für den Vierjahresplan, die allgemeine Dienstpflicht eingeführt, die die Verpflichtung von Arbeitskräften »für besonders bedeutsame Aufgaben, deren Durchführung aus staatspolitischen Gründen keinen Aufschub duldet«, ermöglichte und auf deren Grundlage nun Menschen gegen ihren Willen zum Beispiel zu Arbeiten am »Westwall« gezwungen werden konnten. Von der Verhaftungsaktion gegen die »Asozialen« versprach sich das NS-Regime eine einschüchternde Wirkung auf alle, die dem staatlich verordneten Arbeitszwang nicht nachkommen konnten oder wollten. Nach erhaltenen Berichten der Polizeibehörden dürfte die Aktion zur Rekrutierung von Arbeitskräften für die Herstellung von Baustoffen für den von Hitlers Leibarchitekten Albert Speer geplanten Umbau Berlins in »Germania«, die »Hauptstadt des Großgermanischen Reiches«, gedient haben. Wenig später entstanden unter der Regie der Deutschen Erd- und Steinwerke auch Ziegeleien, Steinbrüche und Granitwerke in den Lagern Buchenwald, Flossenbürg, Neuengamme und Mauthausen. (...)

Dass es der SS bei den Aktionen gegen »Asoziale« 1938 auch darum ging, die Konzentrationslager mit Häftlingen aufzufüllen, um billige Arbeitskräfte für ihre neugegründeten Wirtschaftsunternehmen zu gewinnen, belegen auch die der Verhaftungsaktion zugrundeliegenden Erlasse: In Vorbeugungshaft genommen werden sollten nur

arbeitsfähige Männer, was dazu führte, dass die in die Konzentrationslager Verschleppten im Durchschnitt zehn Jahre jünger waren als die im gleichen Zeitraum in Arbeitshäusern internierten »Asozialen«, und jeder Kriminalpolizeileitstelle war eine Mindestzahl von 200 Vorbeugungshäftlingen vorgeschrieben. Da aber weder die Kriminalpolizei noch die Gestapo Karteien der in Frage kommenden Personen besaßen, dürfte der Kreis der in Vorbeugungshaft zu nehmenden Personen auch vorsorglich um Juden mit einer Gefängnisstrafe von einem Monat erweitert worden sein, um die erwartete Gesamtzahl von Verhafteten sicherzustellen. (...)

Eine ausschließliche Erklärung der Verhaftungsaktion gegen »Asoziale« mit der Mobilisierung der letzten Arbeitskraftreserven würde aber wesentlich zu kurz greifen, denn die »ASO-Aktion« des Jahres 1938 illustriert darüber hinaus zwei wichtige Elemente der NS-Herrschaft. Einerseits lässt sich an ihr das dynamische Gemisch aus Ideologie und Politik, Intention und Improvisation ablesen, mit dem sich das Regime zu immer weiterer Radikalisierung seiner Maßnahmen treiben ließ, und zweitens der durch und durch rassistische Charakter des nationalsozialistischen Gesellschaftsmodells der »Volksgemeinschaft«.

Bei der vorgeschriebenen Mindestzahl von 200 Verhafteten im Bereich jeder Kriminalpolizeileitstelle hätten sieben dieser Stellen mindestens 1 400 Vorbeugungshäftlinge in das KZ Sachsenhausen einweisen sollen. Tatsächlich war aber die Zahl der verhafteten und in das KZ Sachsenhausen eingelieferten »Asozialen« mit über 6000 mehr als viermal so hoch. Die örtlichen Stellen der Kriminalpolizei und die mit ihnen kooperierenden Stellen von Fürsorgebehörden und Arbeitsverwaltung hatten offensichtlich unter dem Eindruck der kriminalbiologischen Begründung der Verhaftungsaktion mit der Gefährlichkeit der »Asozialen« als Wurzel und Nachwuchsreservoir des Verbrechertums die Haftgründe sehr großzügig ausgelegt und weit mehr als die vorgeschriebene Zahl von Verhaftungen vorgenommen. Ein rational agierendes Regime hätte wahrscheinlich nach einer Überprüfung der Inhaftierungen die überzähligen, weil für den Arbeitseinsatz nicht benötigten und nicht vorgesehenen Häftlinge wieder entlassen. Da aber die Aktion gegen die »Asozialen« nicht nur als arbeitsmarktpolitische Maßnahme konzipiert war, sondern in ihrer Begründung an die nationalsozialistische Utopie einer von allen fremdrassigen und minderwertigen Elementen gereinigten Volksgemeinschaft anknüpfte, kam ein solcher Schritt für das NS-Regime nicht in Frage.

An Planung und Verlauf der »ASO-Aktion« lässt sich ablesen, inwieweit die nationalsozialistische Utopie der »Volksgemeinschaft« auf der brutalen Umsetzung verschiedener Rassismen beruhte. Diese Utopie zielte – so der Historiker Detlev Peukert – auf die »Formierung einer ideologisch homogenen, sozial angepassten, leistungsorientierten und hierarchisch gegliederten Gesellschaft mit den Mitteln der Erziehung der »gut Gearteten« und der »Ausmerze« der angeblich »Ungearteten««. Als Folge eines ethnischen Rassismus wurden Menschen tatsächlich oder vermeintlich anderer ethnischer Herkunft aus der Volksgemeinschaft ausgestoßen, vertrieben und schließlich vernichtet. Im Verlaufe der »ASO-Aktion« von 1938 wurden meines Wissens erstmals Juden und Sinti und Roma in größerer Zahl in die Konzentrationslager vor allem wegen ihrer »Fremdrassigkeit« verschleppt.

Gleichzeitig traf die Aktion Menschen, die lediglich auf Grund ihres sozialen Status oder ihres Sozialverhaltens als biologisch minderwertig und gefährlich für die rassebiologisch definierte »Volksgemeinschaft« eingestuft wurden. Ein eugenischer Rassismus

oder – im Nazi-Jargon – die »Gesundung des Volkskörpers« oder die »Aufartung der eigenen Rasse« verlangte, dass auch sie dauerhaft weggesperrt, ihre Fortpflanzung verhindert und ihr Tod zumindest billigend in Kauf genommen werden musste. Schon seit dem Erlass des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 konnten eigens eingerichtete Erbgesundheitsgerichte die Zwangssterilisierung von »biologisch Minderwertigen« anordnen. Als Gründe für eine Zwangssterilisierung galten in der Regel Alkoholismus und angeborener Schwachsinn. Da viele der nach NS-Normen Missliebigen oder Minderwertigen sich in den Intelligenzprüfungen als unabweisbar nicht schwachsinnig erwiesen, trat neben diese beiden Diagnosen die des »ethischen« oder »moralischen Schwachsinn«, der mit jeglichem von den Normen der NS-Volksgemeinschaft abweichendem Verhalten begründet werden konnte. Zu dieser Diagnose gelangten auch die SS-Lagerärzte des KZ Sachsenhausen nicht selten in ihren Gutachten über »asoziale« Häftlinge, deren Zwangssterilisierung daraufhin von Erbgesundheitsgerichten angeordnet und in der Regel zunächst im Kreiskrankenhaus Oranienburg durchgeführt wurde. (...) Nach Berichten ehemaliger Häftlinge sollen die Zwangssterilisierung von »asozialen« und die Kastration von homosexuellen Häftlingen aber auch ohne entsprechende Beschlüsse von Erbgesundheitsgerichten von SS-Lagerärzten im Krankenrevier des KZ durchgeführt worden sein.

Wir wissen, welche Schwierigkeiten die nationalsozialistischen Rassefanatiker trotz der Investition erheblicher Forschungskapazitäten mit der Definition des Fremdrassigen hatten und dass sie zur Klärung der Frage, wer denn nun als Jude zur Ausgrenzung, Vertreibung und Vernichtung vorgesehen werden sollte, in den »Nürnberger Gesetzen« auf die Religionszugehörigkeit der Großeltern zurückgreifen mussten. Noch wesentlich offener fiel die Definition der im Zuge eines eugenischen Rassismus als »biologisch minderwertig« aus der Volksgemeinschaft auszustoßenden »Asozialen« oder – wie die Nazis im Zuge ihrer »Reinigung« der deutschen Sprache von Fremdwörtern später sagten – »Gemeinschaftsfremden« aus. Seit der »Asozialen-Aktion« von 1938 wurde vom Reichskriminalpolizeiamt am Entwurf eines Gesetzes über die Behandlung Gemeinschaftsfremder gearbeitet, der nur deswegen nicht mehr vor dem Ende des NS-Regimes in Kraft gesetzt wurde, weil seine Bestimmungen bereits seit Jahren gängige Praxis waren. Diesem Gesetzentwurf zufolge sollte unter anderem als »gemeinschaftsfremd« gelten, unter Ausnahmerecht gestellt und in Anstalten oder auch Konzentrationslager eingewiesen werden, »wer sich nach Persönlichkeit und Lebensführung, insbesondere wegen außergewöhnlicher Mängel des Verstandes und des Charakters, außerstande zeigt, aus eigener Kraft den Mindestanforderungen der Volksgemeinschaft zu genügen, (...) wer aus Arbeitsscheu oder Liederlichkeit ein nichtsnutziges, unwirtschaftliches oder ungeordnetes Leben führt (...) oder aus Unverträglichkeit oder Streitlust den Frieden der Allgemeinheit hartnäckig stört«.

Viele Anzeichen lassen vermuten, dass die diesem Gesetzentwurf zugrundeliegende Wahrnehmung und Wertung von abweichendem Verhalten den Untergang des NS-Regimes zumindest teilweise überlebt und in den beiden deutschen Staaten Bestand gehabt hat, bis – zumindest in der westdeutschen Gesellschaft – die Revolte von 1968 mit ihrer bewussten Anknüpfung an freiheitliche sozialpädagogische und sozialpolitische Traditionen aus der Zeit vor 1933 für einen partiellen Bruch mit dieser Kontinuität gesorgt hat. Insofern erstaunt es nicht, dass in der alten Bundesrepublik den »asozialen« Opfern des Nationalsozialismus wegen fehlender politischer Verfol-

gungsgründe jegliche Entschädigung versagt wurde und dass sogar Sinti oder Roma nicht entschädigt wurden, wenn ihnen vorgehalten werden konnte, dass sie ja als »Asoziale« und nicht als Angehörige einer ethnischen Minderheit aus rasseideologischen Gründen verfolgt, gequält und umgebracht worden seien. Auch in dieser Hinsicht war der sich selbst als antifaschistisch definierende deutsche Teilstaat mitnichten das bessere Deutschland: (...) Die ausgrenzende Bezeichnung »Assi« war fester Bestandteil des realsozialistischen Vokabulars und das »Assi-Lager« mit seinen brutalen Disziplinierungsmaßnahmen zu dem von einer makabren Opferhierarchie geprägt, an deren unterstem Ende die als »asozial« diffamierten Gruppen stünden. Deswegen werde über die Opfer rechtsextremistischer Gewalt aus diesen Gruppen meistens wenig mehr als der Name und manchmal noch nicht einmal der bekannt.

Da diese Gruppen über keinerlei Lobby verfügen, die die Medien auf Gewalttaten gegen Gruppenangehörige aufmerksam machen könnte, sind die bisher bekannten und vom »Tagesspiegel« publizierten Fälle von Tötungsverbrechen mit rechtsextremistischem Hintergrund an Obdachlosen möglicherweise auch längst nicht vollständig. Gerade in diesen Fällen ist auch besonders undurchsichtig, warum sie von den Bundesregierungen in ihren Zusammenstellungen rechtsextremistischer Tötungsdelikte 1993, 1999 und 2000 manchmal aufgenommen, dann wieder nicht berücksichtigt und schließlich doch oder doch nicht genannt wurden.

Rechtsextremistische Tötungsverbrechen an Obdachlosen in den letzten zehn Jahren

Frank Jansen

Von den anschließend von Frank Jansen vorgetragenen Fällen rechtsextremistischer Tötungsverbrechen an Obdachlosen aus den letzten zehn Jahren, die im Sonderdruck des »Tagesspiegel« vom Januar 2001 »Die Liste des Schreckens: Todesopfer rechter Gewalt seit der Vereinigung« dokumentiert sind, werden hier nur drei wiedergegeben: 1992: Der Obdachlose Emil Wendtland wird am 1. Juli 1992 im Rosengarten in Neuruppin erstochen. Drei Skinheads verabredeten sich zum »Penner klatschen« und stießen auf den 50-jährigen. Nachdem sie ihn zusammengeschlagen hatten, stach einer der Angreifer mit einem Messer auf den Wehrlosen ein. Im Oktober 1993 verurteilte das Landgericht Potsdam den 20-jährigen Haupttäter Mirko H. wegen Totschlags zu sieben Jahren Jugendstrafe. Das Gericht stellte fest, H. habe sein Opfer für »einen Menschen zweiter Klasse gehalten«. Ein Mittäter wurde wegen schwerer Körperverletzung zu drei Jahren Jugendhaft verurteilt. Dieser Fall wird von der Bundesregierung 1993 genannt, 1999 nicht.

1995: Der Obdachlose Horst Pulter wird in der Nacht zum 5. Februar 1995 im Stadtpark von Velbert (Nordrhein-Westfalen) erstochen. Eine siebenköpfige Gruppe von 16- bis 24-jährigen Rechtsextremisten wollte »Penner klatschen« und stieß auf den 65-jährigen, der auf einer Parkbank schlief. Er wurde durch Tritte verletzt. Zum Schluss versetzte der 22-jährige Peter D. dem Obdachlosen einen tödlichen Messerstich. Die Staatsanwaltschaft Wuppertal bezeichnete die Tat als »menschenverachtend und kaltblütig«. Am »nationalsozialistischen Hintergrund« bestehe kein Zweifel. In den Wohnungen der Täter seien neben Hakenkreuzfahnen auch Fotos gefunden worden, auf denen sie

mit dem ›Hitlergruß‹ posieren. Das Opfer sei jedoch zufällig ausgesucht worden. Im November 1995 verurteilte das Jugendschöffengericht Mettmann sechs Angreifer wegen Körperverletzung zu Freiheits- und Bewährungsstrafen. Den Haupttäter Peter D. verurteilte das Schwurgericht Wuppertal im Dezember 1995 wegen Mordes und gefährlicher Körperverletzung vom Schwurgericht Wuppertal zu zehn Jahren Haft. 2000: Der 51 Jahre alte Obdachlose Norbert Plath wird am 27. Juli 2000 in Ahlbeck (Vorpommern) von vier jungen Rechtsextremisten zu Tode geprügelt. In den Vernehmungen bei der Polizei nannten die Täter ihr Motiv: ›Hass auf Obdachlose‹. Einer sagte, ›Asoziale und Landstreicher gehören nicht ins schöne Ahlbeck‹. Dieser Fall wird von der Bundesregierung im September 2000 genannt.«

Jansen fürchtet, dass die Zahl der Morde an Obdachlosen mit rechtsextremistischem Hintergrund möglicherweise größer sei als die Zahl der dokumentierten Fälle, da nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe zwischen 1989 und 2000 mindestens 107 Wohnungslose von Tätern außerhalb der Wohnungslosenszene getötet und 203 Wohnungslose Opfer schwerer körperlicher Gewalt geworden seien. Als regelrechten Skandal bezeichnete es Jansen, dass die weitgehende Nichtbeachtung dieser Gewalt gegen Wohnungslose durch Medien und Öffentlichkeit die Täter in ihrem mörderischen Tun geradezu bestätige, da sie sich beim »Penner klatschen« im Einklang mit den Vorurteilen einer schweigenden Mehrheit wähen könnten. Wie wenig bewusst sich Politik und Verwaltung der Gefährdung gerade der Obdachlosen durch rechtsextremistische Gewalt seien, illustrierte Jansen zum Abschluss seines Vortrages mit zwei Pressemeldungen:

Am 22. März 2000 berichtete der »Tagesspiegel«: »Das Bezirksamt (Prenzlauer Berg von Berlin) kündigte an, von sieben Projekten im Bereich Soziales fünf wegen Geldmangels einzustellen; darunter mehrere Tages- und Begegnungsstätten für Obdachlose.«

Die »Berliner Zeitung« meldete am 3. August 2000: »Sozialsenatorin Gabriele Schöttler lehnt den Vorschlag der Berliner Grünen ab, Obdachlosen kostenlos Handys zur Verfügung zu stellen. ›Sozialhilfe ist dazu da, den Lebensunterhalt abzusichern, ein Handy gehört nicht dazu‹, sagte die Sprecherin der Sozialverwaltung, Regina Kneiding, am Mittwoch. Dies sieht der Grünen-Abgeordnete Bernd Köppl anders. Er will Obdachlose mit Mobil-Telefonen ausstatten, damit diese nicht nur besser für Behörden erreichbar sind, sondern damit sie auch bei Gefahr schneller Hilfe holen könnten.«

*Dr. Winfried Meyer
ist stellvertretender
Direktor und Leiter der
Forschungsabteilung
der Gedenkstätte
und Museum
Sachsenhausen.*

Häftlingsbiographien

*vorgestellt von Schülerinnen und Schülern der Projektgruppe »Asoziale gestern – Asoziale Heute«
der Jahrgangsstufe 11 des Runge-Gymnasiums Oranienburg*

Bruno Rose

Bruno Rose wurde 1920 in Kropp (Schleswig-Holstein) geboren. Nach der Trennung seiner Eltern wuchs er bei seinen Grosseltern auf. Mitte der 30er Jahre meldete er sich in Berlin zum freiwilligen Arbeitsdienst auf einem Bauernhof im Oderbruch, verlängerte dies um ein halbes Jahr und kehrte dann nach Berlin zurück, wo er zum ersten Mal seinem Vater begegnete, der kommunistischer Funktionär gewesen war.

Danach lebte Bruno Rose zusammen mit seiner Verlobten bei seinem Vater im Scheunenviertel. Er arbeitete als Kellner, Fahrradkurier, Kohlenträger und Bauarbeiter und brachte es zum Vorarbeiter bei einer Rüstungsfirma. Etwa 1938/39 wurde die ganze Familie zur Rassehygienischen Forschungsstelle in Berlin-Dahlem zitiert und dort vermessen. Nach einem Streit mit seinem Vorgesetzten wurde Bruno Rose während eines Verhörs im Polizeipräsidium am Alexanderplatz verhaftet.

Nach sechs Wochen Haft im Polizeipräsidium am Alexanderplatz wurde er Ende des Jahres 1941 in das Konzentrationslager Sachsenhausen transportiert, wo er dreieinhalb Jahre blieb. Er hatte keine nennenswerten Kontakte zu Mithäftlingen und war bemüht, seine Arbeit ordentlich zu absolvieren und nicht aufzufallen.

Nach der Befreiung im April 1945 kehrte er nach Berlin zurück. Dort lernte er seine spätere Frau kennen, die acht Kinder hatte. Sie zogen nach Schleswig-Holstein, wo Bruno Rose noch bis 1999 als Scherenschleifer übers Land zog. Heute lebt er von Sozialhilfe. Einen Antrag auf Wiedergutmachung hat er nie gestellt.

Wilhelm Bongard

Wilhelm Bongard wurde 1903 geboren. Seine Ehe scheiterte und wurde kurz nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten geschieden. Danach lebte er noch mit seiner geschiedenen Frau zusammen und arbeitete hin und wieder in Kassel. Eines Tages meldete sich im Kasseler Wohlfahrtsamt eine junge Frau, die behauptete, von einem geschiedenen Mann schwanger zu sein. Die Gestapo ermittelte Wilhelm Bongard als möglichen Vater, erklärte ihn für »asozial« und verhaftete ihn.

Er wurde in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert, wo er einem Aussenkommando zugeteilt wurde. Eines Tages versuchte er, einen Brief an die Rentenbehörde in Berlin-Wilmersdorf heraus zu schmuggeln. Ein SS-Wachmann entdeckte dies, und Wilhelm Bongard wurde in den Zellenbau gesperrt. Hier wurde er von den SS-Männern brutal zusammengeschlagen. Nach diesen Misshandlungen wurde er in das Krankenrevier gebracht und von einem SS-Arzt an einer traumatischen Nierenruptur operiert, die nicht von einem Unfall stammen konnte. Wilhelm Bongard verblutete auf dem OP-Tisch.

Wann er genau gestorben ist, lässt sich aus den Akten nicht mehr ermitteln. Auf der Abendappellliste vom 16. März 1941 ist sein Name durchgestrichen. Aber nach der Erinnerung von Mithäftlingen ist er bereits 1940 verstorben. Seine geschiedene Frau sagte später aus, sie habe ungefähr 1940 oder 1941 einen Brief aus dem KZ Sachsenhausen erhalten, in dem ihr mitgeteilt wurde, dass ihr geschiedener Mann an einem Herzklappenfehler verstorben sei.

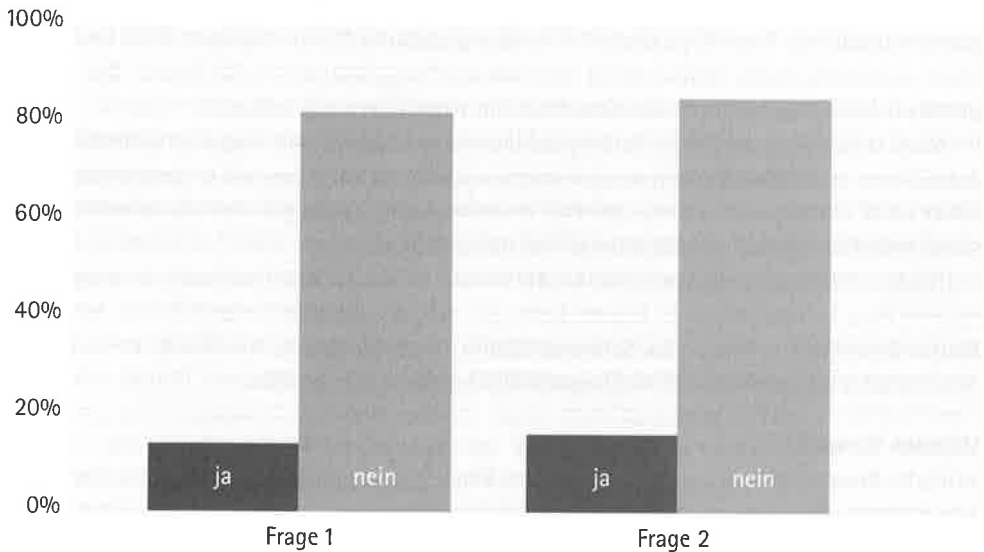
Ergebnisse von Fragebogenaktionen

Grundschule (Auszüge)

Auf die Frage »Was verstehst Du unter einem ›Asozialen‹?« lauteten die Antworten »Obdachlose/Arbeitslose/Sozialhilfeempfänger« und auf die Fragen »Hattest Du schon einmal Kontakt zu ›Asozialen‹« und »Würdest Du einem ›Asozialen‹ helfen?« lauteten die Antworten überwiegend »Ich hatte nie Kontakt zu ›Asozialen‹ und würde einem ›Asozialen‹ auch nicht helfen.«

Frage 1: Hattest Du schon einmal Kontakt zu »Asozialen«?

Frage 2: Würdest Du einem »Asozialen« helfen?



Volkshochschule (Auszüge)

Die Auswertung der Fragebogen macht deutlich: Asoziale werden als Provokation des alltäglich-gemütlichen Lebens empfunden. (...)

Das Problem dabei ist, dass tatsächliche oder vermutete Eigenschaften eines Menschen negativ bewertet werden und ihm daraufhin noch zusätzlich weitere negative Eigenschaften zugeschrieben werden. (...)

Nur drei (von 23 befragten) (Volkshoch-)Schülern gaben an, jemals Kontakt zu asozialen oder sozial schwächer gestellten Menschen gehabt zu haben.

»Straßenszene: Wer ist hier asozial?«

»Asso« lehnt sitzend am Rednerpult, schläft halb, altes Ehepaar kommt.

Frau abwartend: »Schau mal, da liegt schon wieder einer!«

Mann erwidern: »Ja, ja, heute hungern die überall rum! Weißte noch, früher? Da, da herrschte noch Ordnung!«

Gelegenheitstrinker (tritt auf, hält eine Kippe in der Hand, spuckt imaginär auf den »Asso«, sagt zischend): »Scheißdrogenjunkies! Die kriegen wohl nie genug!«

Kind an der Hand der Mutter kommend: »Mama, was ist das für einer?« *Geht einen Schritt auf »Asso« zu.*

Mutter reisst Kind zurück, fast empört: »Lass bloß den Obdachlosen in Frieden! Der tut Dir noch was!«

Zwei Schüler kommen, sind lustig drauf, sehen »Asso«, fangen an, ihn »aufzuziehen«

Schüler 1: »Kiek Dir den Penner da mal an! Lumpenasso!«

Schüler 2: »Ja, voll die arme Sau, und voll mit Läusen und Fliegen und so!«

Schüler 1: »Ey, nich so nah ran, kriegste noch die Pest oder so!«

Schüler 2: »Scheisse, wenn man in der Schule scheisse war, wa?«

Verständnisvolle Person kommt, sieht, was die Schüler machen und schnauzt sie an:

»Hey, könnt ihr das mal lassen? Hat der Mann Euch irgend etwas getan? Haut lieber ab hier!«

Schüler zucken zusammen und sind ruhig, ziehen sich ein wenig zurück, Person schaut alle Anwesenden böse an.

Arbeitsloser sieht »Asso«, der ihn verwundert anschaut, und ruft: »Na, wat kiekste so? Bist wohl noch einer, der dem Staat auf der Tasche liegt. Ja, ja, und selber nix leisten!«

»Asso« steht auf, schaut sich um, mit kräftiger Stimme: »Das musst Du sagen! Hast Du nicht auch Deinen Job verloren und kriegst jetzt selber Arbeitslosenhilfe vom Staat?«

»Asso« schaut zur verständnisvollen Person, abwartend: »Und Sie sind auch besser ruhig! Grosse Klappe und nichts dahinter! Ich kenne Ihre Sorte. Setzen sich für mich ein, und helfen tun Sie doch nicht!«

»Asso« dreht sich zu den Schülern, schaut sie abwertend an: »Ihr, Ihr seid gut in der Schule? Warum seid ihr dann jetzt nicht da? Und seht Euch doch mal an, eure abgewrackten Sachen! Pahh!«

»Asso« schaut zur Mutter, schaut verwundert und fragt rhetorisch: »Kenn'n Sie mich? Ich kenne Sie jedenfalls nicht und sehe auch keinen Grund, Ihrem Kind ein Leid zu tun!«

»Asso« sieht wütend den Gelegenheitstrinker an, fixiert kurz die Zigarette: »Sie habe ich auch schon oft gesehen. Und Sie haben immer Alkohol dabei und immer eine Zigarette in der Hand. Sarkastisch: Nun, wer von uns ist hier der Abhängige?«

»Asso« schaut auf das ältere Ehepaar, schüttelt den Kopf, verächtlich: »Und Ihnen möchte ich nur eines sagen: Ihre Theorie von Ordnung wollte vor mehr als 50 Jahren schon einer umsetzen. Jetzt ist er tot und hat seine Theorie mit ins Grab genommen!«

»Asso« schaut alle Anwesenden an, ruft: »Ihr Assies widert mich an!«

Gedenkstätte der Verschleppung aus Luxemburg – Bahnhof Hollerich

André Hohengarten

Während des Westfeldzuges überfiel am 10. Mai 1940 die deutsche Wehrmacht auch das neutrale und unbewaffnete Großherzogtum Luxemburg, obwohl Adolf Hitler noch am 26. August 1939 dem Land eine Neutralitätszusicherung gegeben hatte. Nach einer kurzen Militärverwaltung ernannte Hitler am 2. August 1940 den Gauleiter von Koblenz-Trier, Gustav Simon, zum Chef der Zivilverwaltung in Luxemburg und unterstellte ihn sich persönlich. Dessen Auftrag lautete, das Land in einem Zeitraum von zehn Jahren zu nazifizieren. Folglich führte der Gauleiter fast sämtliche im Deutschen Reich geltenden Maßnahmen auch in Luxemburg ein.

Vom 6. Oktober 1941 bis zum 13. Juli 1944 war der etwas abseits gelegene Bahnhof von Luxemburg-Hollerich Sammelpunkt für die in den Reichsarbeitsdienst und in die Wehrmacht gezwungenen Luxemburger. Ferner diente er vom 17. September 1942 bis August 1944 als Abfahrtsbahnhof für die Umsiedlung der politisch Unzuverlässigen. Danach erfolgte ihre Verschleppung mit Omnibussen. Die Letzten mussten noch am 31. August 1944, zehn Tage vor der Befreiung, das Land verlassen.

Die Deportation der Juden Luxemburgs begann am 16. Oktober 1941 und erfolgte in sieben größeren oder kleineren Transporten. Die drei ersten gingen vom nahe gelegenen Güterbahnhof Luxemburg aus. Die vier anderen wurden beim Kloster Fünfbrunnen, im Norden des Landes, eingeladen, der letzte am 17. Juni 1943.

Vor der Zwangsrekrutierung der Luxemburger zur Wehrmacht war die Reichsarbeitsdienstpflicht (RAD) bereits am 23. Mai 1941 in Luxemburg eingeführt worden. Die Luxemburger Mädchen ihrerseits mussten seit dem 10. Februar 1943 nach dem RAD auch noch in den Kriegshilfsdienst (KHD). Am 30. August 1942 verkündete Gauleiter Gustav Simon die Einführung der allgemeinen deutschen Wehrpflicht für die Luxemburger. Sofort einberufen wurden die Jahrgänge 1920 bis 1924. Später kamen noch die Jahrgänge 1925 bis 1927 hinzu.

Die Empörung der Bevölkerung (1941 betrug sie 290 230 Einwohner) entlud sich sofort in öffentlichen Protesten und Streikbewegungen im ganzen Land. Der Gauleiter reagierte mit äußerster Härte. Schon am 31. August 1942 verhängte er über das ganze Land den Ausnahmezustand und setzte ein Polizeistandgericht ein. 21 Personen wurden hingerichtet. Festgenomme oder eingesperrt wurden 338 Personen, daneben wurden 334 Jugendliche in Erziehungslager überführt.

Insgesamt wurden 10 211 Luxemburger einberufen, von denen etwa 3 500 sich der Einziehung entzogen oder später fahnenflüchtig wurden. 3 150 Eingezogene kamen um. 1 551 Heimkehrer waren verwundet oder krank.

Seit Herbst 1942 wurden ganze Familien – unter ihnen viele während des Ausnahmezustandes Festgenommene – als Strafmaßnahme umgesiedelt und notdürftig in Lagern fern von Luxemburg untergebracht. Später kamen die Angehörigen der Fahnenflüchtigen als Opfer der sogenannten »Sippenhaft« dazu. Zur »Absiedlung« gehörte die Beschlagnahme des Vermögens.



Die Hinterfront des ausgedienten Bahnhofs mit dem dortigen Bahnsteig, der heute den Namen »Quai des Déportés« trägt.

Die Lager für die Luxemburger befanden sich in Schlesien, im Sudetenland und im Hunsrück. Umgesiedelt wurden 1 410 Familien mit insgesamt 4 186 Personen. 154 sind während der Umsiedlung umgekommen.

Vor dem Krieg lebten ungefähr 3 700 Juden in Luxemburg. Etwa 1 500 konnten während des deutschen Überfalls am 10. Mai 1940 ins Ausland flüchten; 1 500 weitere wurden vom Beginn der deutschen Besatzung an bis zum Oktober 1941 nach Frankreich abgeschoben, von wo viele später in die Nazi-Vernichtungslager, hauptsächlich nach Auschwitz-Birkenau, kamen.

Die dann noch in Luxemburg lebenden etwa 700 Juden wurden mit wenigen Ausnahmen in ein Sammellager im Norden des Landes (Kloster Fünfbrunnen) verbracht. Von dort aus wurden sie nach dem »Altersghetto Theresienstadt« und weiter in die Todeslager im Osten verschleppt. Insgesamt kamen etwa 1 200 Juden aus Luxemburg im Rahmen der nationalsozialistischen »Endlösung der Judenfrage« ums Leben.

Die Gedenkstätte (Mémorial) wurde am 29. Mai 1996 eröffnet und befindet sich im ehemaligen Bahnhofsgebäude von Luxemburg-Hollerich. Sie steht unter der Schirmherrschaft des Großherzogs von Luxemburg und wird von einer Stiftung geleitet, die aus Vertretern der »Fédération des victimes du nazisme enrôlées de force«, der »Association des déportés politiques« und des »Comité Auschwitz Luxembourg« besteht. Vorsitzender der Stiftung ist Ehren-Hofmarschall *Guy De Muyser*.

Das Mémorial besteht aus einem Denkmal, einem Museum mit einer beständigen Ausstellung, einem kleinen Filmarchiv mit Projektionsraum und einer kleinen Bibliothek.

Die Geschichte des Ortes wird mittels Bildern, Dokumenten und Karten in einer Ausstellung dokumentiert, die sich in vier Abteilungen gliedert.

- Einführung in die Geschichte der Nazi Herrschaft in Luxemburg
- Judenverfolgung in Luxemburg
- Zwangsrekrutierung der Luxemburger Jugend (RAD, KHD und Wehrmacht)
- Zwangsumsiedlung von Luxemburgern

*Eine Besuchergruppe
mit Vertretern
der Stiftung in der
Ausstellung*



*Blick in den
Ausstellungsteil, in
dem die Einführung
der »Wehrpflicht«, der
nachfolgenden Streiks
und die Standgerichte
dokumentiert werden.*



*Der erste Teil
der Ausstellung
dokumentiert den
deutschen Überfall
auf Luxemburg
am 10. Mai 1940.*



*Alle Abbildungen aus:
»Wider das Vergessen«
Broschüre des
»Mémorial
de la Déportation«*

Eine Multimedia-Anlage liefert zusätzliche Informationen.

Im Projektionsraum der Gedenkstätte werden folgende Video-Dokumentarfilme gezeigt, die im Auftrag des Mémorials gedreht wurden

- Deserteure und Wehrdienstverweigerer
- Das Massaker von 91 Luxemburgern im Zuchthaus Sonnenburg (Slonsk)
- Das Gefangenlager 188 von Tambow (Rußland)
- Die Umsiedlung
- Die Shoah in Luxemburg

Außer den Büchern und Zeitschriften der kleinen Bibliothek stehen verschiedene Informationsschriften zur Verfügung u.a.

- Wider das Vergessen (Luxemburg 1998)
- Umsiedlung (Luxemburg 1999)
- Die Verfolgung der Juden in Luxemburg (Luxemburg 2000)

Die Gedenkstätte – Nähe des Hauptbahnhofs der Stadt Luxemburg – ist erreichbar: zu Fuß, in etwa 15 Minuten vom Hauptbahnhof, Avenue de la Gare, Rue d'Alsace und schließlich Rue de la Déportation

mit dem Auto Avenue de la Gare, Rue d'Alsace und schließlich Rue de la Déportation
per Bahn zur Haltestelle »Hollerich« an der Bahnstrecke Luxemburg-Petingen

Öffnungszeiten: Donnerstag, 14.30–17.30 Uhr, Eintritt frei

Einzel- oder Gruppenbesuche zu anderen Zeiten nur auf telefonische Verabredung

Telefon: 003 52/35 00 14, 003 52/48 32 32 (nur Donnerstag nachmittags)

Gedenkstätte der Verschleppung, Bahnhof Hollerich,

Straße der Verschleppung 3a, Postfach 2415, L-1024 Luxemburg

Mémorial de la Déportation, Gare de Hollerich,

3a, rue de la déportation, B.P. 2415, L-1024 Luxembourg

*André Hohengarten,
Jahrgang 1939,
Beamter i.R. der
luxemburgischen
Eisenbahngesellschaft
und Mitglied im
Verwaltungsrat der
Stiftung der
Gedenkstätte der
Verschleppung in
Luxemburg-Hollerich.*

Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstättenpädagogen gegründet

Thomas Lutz

Im Rahmen der zunehmenden Institutionalisierung – wenn auch auf niedrigem Ausstattungsniveau – und Professionalisierung der Gedenkstätten ist es zwangsläufig, eine bessere Koordination und Zusammenarbeit der im Bildungsbereich der Gedenkstätten Tätigen anzustreben. Dies ist auch wünschenswert, da die Beschäftigungsverhältnisse vieler Pädagogen sehr unterschiedlich sind, sich aber oft durch die Gemeinsamkeit einer Befristung und damit der Diskontinuität auszeichnen. Gerade dieser Umstand macht die Notwendigkeit des Kontaktes untereinander und der Möglichkeiten der Fort- und Weiterbildung besonders offensichtlich. Darüber hinaus steigen die Erwartungen und Ansprüche von außen an die Bildungsarbeit in Gedenkstätten immer weiter an, und die pädagogischen Mitarbeiter sehen sich vor Herausforderungen gestellt, die trotz aller Unterschiede zwischen den historischen Orten und den Einrichtungen doch in vieler Hinsicht übereinstimmen. Um auf diese Anforderungen adäquat reagieren und die inhaltliche Arbeit verbessern zu können, ist gerade für die Einzelpersonen oder kleinen Teams, die vor Ort die tägliche Arbeit verantworten, ein Austausch und eine bessere Zusammenarbeit sehr hilfreich.

Auf diese aktuellen Tendenzen in der Gedenkstättenarbeit hat die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz mit einer gedenkstättenpädagogischen Tagung im letzten Oktober reagiert. Das von Wolf Kaiser, Leiter der pädagogischen Arbeit dieser Bildungsstätte, und Bernhard Schoßig, pädagogischer Leiter des Jugendgästehauses in Dachau, entwickelte Programm sah für die drei Seminartage sowohl eine inhaltliche Fortbildung, ein Bildungsforum als auch eine Diskussion um eine Verstetigung der Koordination und Kooperation vor.

Am Ende der Tagung hat sich unter den etwa 60 Anwesenden eine Gruppe gebildet, die sich letzterer Aufgabe intensiver annehmen möchte. In ihr arbeiten mit: Regina Gabriel (Gedenkstätte Hadamar), Daniel Gaede und Helmut Rook (Gedenkstätte Buchenwald), Wolf Kaiser (Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz), Thomas Lutz (Stiftung Topographie des Terrors), Jens Michelsen (KZ-Gedenkstätte Neuengamme), Gunnar Richter (Gedenkstätte Breitenau) und Bernhard Schoßig (Jugendgästehaus Dachau).

Die hier Genannten haben sich im Dezember 2000 zu einem ersten Treffen zusammengefunden. Zunächst wurde eine Bestandsaufnahme der Bereiche, in denen eine übergreifende Zusammenarbeit hilfreich sein könnte, vorgenommen. Drei Bereiche haben sich hierbei herausgeschält:

- Die Planung und Durchführung von bundesweiten Gedenkstattenseminaren, die sich mit Gedenkstättenpädagogik beschäftigen, in etwa zweijährlichem Turnus
- Initiierung und Koordination von Diskussionsforen und Fortbildungsveranstaltungen zu spezifischen Themen
- Lobby für die Gedenkstättenpädagogik und deren inhaltliche Ausrichtung, auch im internationalen Diskurs

Die Mitglieder der AG haben ein konkretes inhaltliches Spektrum für ein bundesweites Gedenkstättenseminar aufgelistet. Ein Termin für Frühjahr 2002 ist bereits ins Auge gefasst. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Seminare, die sich vor allem bei pädagogischen Themen sehr großen Zuspruchs erfreut haben, ist daran gedacht, diese Veranstaltung eher in Form eines Kongresses zu organisieren. Das hätte zudem den Vorteil, dass man auf die vielfältigen inhaltlichen Wünsche an eine solchen Tagung flexibler reagieren kann. Während des nächsten Treffens der AG im März werden hierzu die grundlegenden Verabredungen getroffen.

Die Ansprüche an den inhaltlichen Austausch und die gegenseitige und externe Fortbildung sind so vielfältig wie die Spannbreite der Gedenkstättenpädagogik. Sie reichen von inhaltlichen Fragestellungen, z.B. in wie weit die NS-Verbrechen mit anderen Diktaturen verglichen werden können, über die Bearbeitung didaktischer Fragestellungen, wie etwa eine interkulturelle Gedenkstättenarbeit in Deutschland vonstatten gehen kann, bis hin zum Austausch über methodische und praxisorientierte Erfahrungen mit neuen Methoden oder Medien oder der Evaluation der Arbeit.

Die Pädagogik-AG schlägt vor, in Anknüpfung an die bestehende Praxis und im Wissen um die eigenen Kapazitätsgrenzen vor, diese Veranstaltungen grundsätzlich in regionalen oder thematischen Zusammenhängen durchzuführen und den überregionalen Diskurs auf die zweijährlichen bundesweiten Seminare zu konzentrieren. Allerdings wäre eine bessere Koordination und eine weitere Verbreitung der Programme auch an Interessenten aus anderen Regionen wünschenswert. Hierzu bietet sich das GedenkstättenForum im Internet an (www.topographie.de/gedenkstaettenforum). Allerdings ist die Nutzung bisher noch nicht optimal. Wünschenswert wäre es, wenn sich Kolleginnen oder Kollegen bereit finden würden, diese Übersicht, aber auch die Diskussion bestimmter Themenkomplexe, unter Nutzung der elektronischen Möglichkeiten des Internets inhaltlich zu moderieren. Bisher stößt dies aber leider an die Kapazitätsgrenzen der in der AG Mitarbeitenden.

Gerade mit der Zunahme des gewalttätigen Rechtsextremismus, der Fremdenfeindlichkeit und des Antisemitismus werden die politischen und moralischen Ansprüche an Gedenkstätten, diesen Entwicklungen entgegen zu treten, immer größer. Dabei fällt es schwer, gegenüber der Öffentlichkeit – Medien, Politik, Verwaltung – deutlich zu machen, dass es immer noch eine sehr große Kluft zwischen den immensen Ansprüchen an die Gedenkstätten und deren tatsächlicher Ausstattung gibt. Zudem muss noch stärker im Vorfeld des Besuchs von Gedenkstätten auf die Möglichkeiten – aber auch Grenzen – der Bildungsarbeit in diesen Zusammenhängen hingewiesen werden.

In dem gesellschaftlichen Umgang mit Gedenkstätten in Deutschland spiegelt sich der internationale Diskurs wider. Die »Holocaust-Education«, die z.B. über die »Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research« – durchaus gut gemeint – weltweit als das Modell für den Umgang mit der NS-Geschichte propagiert wird, wird auch von einigen Politikern in Deutschland zum Vorbild genommen. In Gesprächen mit ihnen wird deutlich, dass sie die vielfältige gewachsene Arbeit der Gedenkstätten bisher kaum kennen und daher nicht wertschätzen können. Zudem ist in der Öffentlichkeit kaum ein Verständnis dafür vorhanden, dass eine pädagogische Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen nur dann auf Dauer sinnvoll ist, wenn man den historischen Zusammenhang nicht außer acht lässt und

bei der heutigen Bildungsarbeit in Deutschland auch die Entwicklung der Erinnerungskultur mit bearbeitet, in der Etablierung von Gedenkstätten eine bedeutende Rolle gespielt hat.

Die Bemühungen der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft, den innerhalb der Zwangsarbeiterentschädigungstiftung aufzubauenden Fonds »Erinnerung und Zukunft« für ihre inhaltlichen Vorstellungen zu nutzen und – oberflächlich und verkürzt ausgedrückt – Projekte zu fördern, die sich wenig konkret mit der Geschichte des NS-Regimes und seiner Gegenwartsbedeutung, sondern mit allgemeinen Fragen der Menschenrechte, möglichst weit entfernt von Deutschland, zu befassen, zeigen ebenfalls eine Tendenz auf, die den Gedenkstätten im Großen und Ganzen nicht recht sein kann.

Als ersten, kleinen Ansatz der besseren Darstellung der entwickelten Gedenkstättenarbeit in Deutschland ist eine Koordination der verschiedenen Termine und Erfahrungen geplant, um die inhaltlichen Positionen der Lobby-Arbeit besser aufeinander abzustimmen und zu wissen, wer welche Kontakte wahrnehmen kann.

Die Pädagogik-AG hat gerade ihre Arbeit aufgenommen. Es gibt, abgesehen von der Durchführung des bundesweiten Gedenkstättenseminars zum Thema Pädagogik im Frühjahr 2002, noch keine konkreten inhaltlichen Vorstellungen und Arbeitsabläufe. Anregungen und Hinweise sind daher sehr willkommen. Die Adressen der Institutionen, in denen die oben aufgeführten AG-Mitglieder arbeiten, sind alle über die Linkseite des GedenkstättenForums im Internet zu finden.

Vorankündigung: Bundesweites Gedenkstättenseminar von 4.–7. Oktober in Heidelberg
»Die Verfolgung von Sinti und Roma unter dem NS-Regime und deren Darstellung in Gedenkstätten« (Arbeitstitel)

Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung, Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stiftung Topographie des Terrors

Die endgültige Abstimmung des Programms und detaillierte Absprachen zwischen o.g. Veranstaltern ist im Augenblick im Gange. Im Frühjahr wird eine Einladung für das Seminar über den Verteiler des GedenkstättenRundbriefs erfolgen. Darüber hinaus wird im Internet im GedenkstättenForum das endgültige Programm veröffentlicht, sobald es fertiggestellt ist.

Vorbereitende Sitzung zur Gründung einer Fachgruppe für Gedenkstätten im International Council of Museums

EIN KURZBERICHT

Jan-Erik Schulte

Am 31. Januar 2001 fand in den Räumen der Stiftung Topographie des Terrors in Berlin eine vorbereitende Sitzung zur Gründung einer internationalen Fachgruppe für Gedenkstätten im International Council of Museums (ICOM) statt, wozu im Dezember 2000 eingeladen worden war. Zu Beginn der Tagung erläuterte Wulff E. Brebeck, Leiter des Kreismuseums Wewelsburg, kurz sein bereits an deutsche und internationale Gedenkstätten verschicktes Plädoyer für die Errichtung einer ICOM-Fachgruppe für Gedenkstätten. (Das Plädoyer ist im Internet im GedenkstättenForum unter der Rubrik NetzwerkForum abzurufen.) Er betonte den besonderen Charakter der Gedenkstätten als »Historical Museums of a new type« und wies auf die herausragende Bedeutung von internationalen Kooperationen hin. Speziell für NS-Gedenkstätten stellten sich zahlreiche Probleme, die nur im internationalen Kontext gelöst werden könnten.

Im Anschluss an sein Plädoyer kam W. E. Brebeck auf bislang formulierte Einwände zu sprechen. Die Mehrzahl der schriftlich eingegangenen Stellungnahmen beschäftigte sich mit dem Inhalt und Begriff »Memorial Museums for Public Crimes against Humanity«. Herr Brebeck wies darauf hin, dass er eine erweiterte Definition unterstützen würde, die z.B. Einrichtungen, die die Verfolgung wegen sexueller Orientierung oder Geschlecht dokumentierten, einbezögen. Die Besorgnis, daß eine ICOM-Fachgruppe für Gedenkstätten politisch missbraucht werden könnte, sah er nicht. Vor allem die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass auf einer fachlichen, eng umgrenzten Ebene auch erfolgreich mit Einrichtungen zusammengearbeitet werden könnte, die nicht in demokratisch verfassten Staaten lägen.

Nachdem W. E. Brebeck die Zielsetzung und Aktivitäten einer ICOM-Fachgruppe erläutert hatte, wurde die Diskussion eröffnet. Sie konzentrierte sich vor allem auf zwei Punkte: (1) Wie weit oder wie eng darf eine Definition von »Memorial Museums for Public Crimes against Humanity« sein und (2) kann eine ICOM-Fachgruppe propagandistisch missbraucht werden.

Die Diskutanten befürchteten, dass bestimmte Einrichtungen, wie jüdische Museen, deren Schwerpunkt nicht die Dokumentation des Holocaust ist, ausgeschlossen würden, oder dass bei einem Einschluss verschiedenster Gedenkstätten aus unterschiedlichen historischen Kontexten kleinere Einrichtungen ihre speziellen Probleme nicht würden artikulieren können. Es wurde von einem Teilnehmer darauf hingewiesen, dass sowohl eine Diskussion über den Gedenkstättenbegriff als auch über die organisatorische Verfassung in Deutschland noch nicht abgeschlossen sei. Daher wäre die Einladung zu dieser vorbereitenden Sitzung überraschend gekommen. Der Begriff des Memorial Museums sei nicht passend; gegen die Historisierung und Musealisierung von Gedenkstätten wurde sich ausgesprochen. Mehrere Teilnehmer wiesen darauf hin, dass bei unbeschränkter Zutrittsmöglichkeit zur Fachgruppe diese ein Forum für Staaten

bieten könnte, die die gemeinsamen Prinzipien der Fachgruppe »Public Crimes against Humanity« von Gedenkstätten zum Themenkomplex nicht teilen.

Auf Nachfrage wurde erläutert, dass bei der gegenwärtigen Struktur des Internationalen Museumsrates alle ICOM-Mitglieder Zugang zu allen Fachgruppen hätten. Einzelne Mitglieder könnten nicht ausgeschlossen werden. Allerdings müssten sich die Mitglieder der Satzung der jeweiligen Fachgruppe unterwerfen. Die Befürchtung, dass die Fachgruppe als politisches Forum genutzt werden könnte, blieb bestehen.

Trotz der nicht vollständig ausgeräumten Bedenken befürwortete die Mehrzahl der Anwesenden den Versuch, eine ICOM-Fachgruppe für Gedenkstätten zu gründen. Allerdings sollten die politischen Implikationen beachtet und deshalb umsichtig vorgegangen werden.

Am Schluss der Sitzung wurde eine Arbeitsgruppe benannt, die das Grundsatzpapier überarbeiten, eine Satzung erstellen und erste Verhandlungen mit dem International Council of Museums aufnehmen soll. Zur Mitarbeit erklärten sich bereit: Suzanne Bardgett, Wulff E. Brebeck, Bettina Bouresh, Wesley A. Fisher, Thomas Lutz und Avner Shalev. Die Arbeitsgruppe wurde aufgefordert, weitere Gedenkstätten, wie das GULAG-Museum in Perm oder das Apartheid-Museum in Südafrika, für eine Mitarbeit zu gewinnen. Über die Ergebnisse der Sitzung soll möglichst umfassend informiert werden.

Anwesende

Uwe Bader – Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz
Suzanne Bardgett – Imperial War Museum, London
Bettina Bouresh – Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland
Wulff E. Brebeck – Kreismuseum Wewelsburg
David Cesarani – University of Southampton
Shulamit Imber – Yad Vashem, Jerusalem
Wesley A. Fisher – United States Holocaust Memorial Museum, Washington
Manfred Grieger – Volkswagen AG/Unternehmensarchiv, Wolfsburg
Herr van der Heijden – National Institute Victims of War, Utrecht
Rachel Kostanian – Jüdisches Museum, Vilnius
Rikola-Gunnar Lüttgenau – Gedenkstätte Buchenwald
Thomas Lutz – Topographie des Terrors, Berlin
Jantien van der Meer – Ministry of Welfare Netherlands, Utrecht
Günter Morsch – Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Oranienburg
Marcello Pezzetti – Jüdisches Dokumentationszentrum, Mailand
Jan Erik Schulte – Kreismuseum Wewelsburg
Avner Shalev – Yad Vashem, Jerusalem
Stephen D. Smith – Beth-Shalom Holocaust Centre, Laxton
Johanna Westphal – International Council of Museums, Deutschland
Christl Wickert – KZ-Gedenkstätte Neuengamme

*Dr. Jan Erik Schulte
arbeitet als wissen-
schaftlicher Volontär
im Kreismuseum
Wewelsburg.*

Bilder aus Dora – Zwangsarbeit im Raketentunnel 1943–1945

SONDERAUSSTELLUNG IM DEUTSCHEN MUSEUM
VON 19. JANUAR BIS 27. JULI 2001

Matthias Knopp

Etwa 60 km östlich von Göttingen befindet sich in den südlichen Ausläufern des Harz-Gebirges eine kleine 3 km lange und 100 m hohe Erhebung, der Kohnstein. Nicht weit von der thüringischen Stadt Nordhausen entfernt wurde der Kohnstein gegen Ende des Zweiten Weltkrieges Schauplatz modernster Hochtechnologie und grausamster Menschenverachtung zugleich. Mithilfe von KZ-Häftlingen wurde dort die größte unterirdische Rüstungsfabrik der damaligen Zeit gebaut, das sogenannte »Mittelwerk«. In ihr produzierten die Häftlinge im Verbund mit deutschen Ingenieuren und Zivilangestellten Rüstungsgüter, die man gemeinhin als Geheimwaffen des Dritten Reichs bezeichnet. Zu ihnen gehörte die V1-Flugbombe, ein Vorläufer der heutigen »Cruise Missile«-Waffen und die V2-Fernlenkwaffe, die erste große Flüssigkeitsrakete der Welt. Heute wissen wir, dass etwa 20 000 Häftlinge dort ihr Leben lassen mussten.

Die moderne mit High-Tech gefüllte Waffenschmiede »Mittelwerk« auf der einen Seite und die menschenverachtende Ausbeutung der im angrenzenden Konzentrationslager »Dora« inhaftierten Häftlinge sind das Thema der Sonderausstellung »Bilder aus Dora – Zwangsarbeit im Raketentunnel 1943–1945« vom 19. Januar bis 27. Juli 2001 im Deutschen Museum in München, die vom französischen Zentrum für Kriegs- und Raketengeschichte »La Coupole« konzipiert und erstellt wurde.

Auslöser für diese Ausstellung waren Farbfotos, die erst 1998 überraschend entdeckt wurden. Es sind die einzigen uns heute bekannten ausführlichen Fotodokumente, welche die gerade anlaufende V2-Raketnproduktion im Mittelwerk im Sommer 1944 dokumentieren. Aufgenommen hatte sie der bekannte Kameramann und Fotograf Walter Frentz, der für Hitler eine eindrucksvolle Fotodokumentation der gigantischen unterirdischen Fabrik und der neuen spektakulären V2-Rakete erstellen sollte.

Die Fotos von Walter Frentz sind gestellte Aufnahmen, die nichts von der Grausamkeit des KZ-Lagersystems erahnen lassen. Es war die Idee von Yves Le Maner und André Sellier von »La Coupole«, diesen Fotos Zeichnungen aus den Privatsammlungen ehemaliger Häftlinge aus Dora gegenüber zu stellen, um so die zwei »Gesichter« des Komplexes Dora-Mittelbau zu zeigen.

Erst beim Umzug seines mittlerweile 90jährigen Vaters in ein Altersheim fand der Sohn von Walter Frentz den alten Überseekoffer mit den Farbaufnahmen. Er überredete seinen Vater, die wertvollen Bilder zu veröffentlichen und dem Ullstein-Bilderdienst in Berlin zur Verfügung zu stellen.

Walter Frentz wurde bekannt als linientreuer Kameramann Leni Riefenstahls für ihren Parteitagofilm »Triumph des Willens« und später für den ebenfalls propagandistischen Olympiafilm »Fest der Völker« 1936. Offiziell war Frentz Kriegsberichterstatter der Luftwaffe; durch Leni Riefenstahl und die Unterstützung des Rüstungsministers Albert Speer bekam er Zugang zum inneren Kreis um Hitler. »Frentz, das ist unser Fliegen-

*Ansicht der Ausstellung.
Im Vordergrund
zwei Tischvitrinen mit
25 Originalzeichnungen
von Maurice
de La Pintiére.
Foto: Deutsches
Museum*



*KZ-Häftlinge aus dem
KZ Mittelbau-Dora
beim Einbau des
elektrischen
Haupt-verteilers
in den Geräteraum
der V2 (1944).
Foto: Walter Frentz
Ullstein-Bilderdienst*



der Holländer, er ist überall und nirgendwo«, so Hitler zu Goebbels 1941. Als quasi persönlicher Kameramann stammen viele interne und private Aufnahmen aus Hitlers Bereich von ihm, so auch eine der letzten Filmsequenzen, die einen körperlich gebrochenen Hitler zeigen, der an seinem Geburtstag im April 1945 auf dem Gelände der Reichskanzlei in Berlin Orden an Hitler-Jungen verteilt.

Die Filmbiographie von Jürgen Stumpfhaus über Walter Frentz trägt sehr treffend den Titel »Das Auge des Dritten Reichs«.

Die Filme von Frentz wurden kurz vor Kriegsende beschlagnahmt. Wahrscheinlich übersah die Gestapo die unscheinbare Tüte mit den etwa 100 Diapositiven, die neben den Aufnahmen aus dem Mittelwerk auch Fotos von dem V2-Testgelände »Heidelager« in der Nähe des polnischen Ortes Blizna enthielten.

Nachdem Mitte August 1943 britische Bomber große Teile der Raketenversuchsanstalt Peenemünde an der Ostsee stark beschädigten, beschloss man sehr schnell, die geplante Produktion der V2-Rakete unter Tage zu verlagern. Die im Kohnstein schon vorhandenen Anlagen der »Wifo« (Wirtschaftliche Forschungsgesellschaft), schienen für den Ausbau zu einer unterirdischen Fabrik sehr geeignet, auch im Hinblick auf die geografische Lage inmitten des »Großdeutschen Reichs«. Die »Wifo« war eine staatliche Gesellschaft, die dort seit 1935 Anhydrit abbaute, das man zur Herstellung von Gips und in der chemischen Industrie brauchte. Die IG Farben verwandte den Abraum als Rohstoff, und die »Wifo« lagerte in den Stollen aus strategischen Gründen Treibstoffvorräte und verschiedene andere Produkte.

Nach dem Beschluss zur Beseitigung des Tanklagers und der Einrichtung des Mittelwerks wurde im Süden am Fuße des Bergs Gelände gekauft, um nebeneinander ein Konzentrationslager, das dazugehörige SS-Lager und die Eisenbahn- und Straßenausgänge der unterirdischen Fabrik anzulegen. Mit der Leitung der Arbeiten betraute man Hans Kammler, ein Ingenieur mit hohem SS-Rang, der gegen Kriegsende die gesamte Zuständigkeit für Produktion und Einsatz der V2-Rakete übernahm.

Die ersten KZ-Häftlinge kamen schon 1943 vom KZ Buchenwald nach Dora. Sie mussten unter unsäglichen Bedingungen monatelang im Berg schuften und dort auch schlafen. Denn die Einrichtung der Fabrik hatte höchste Priorität. Am südlichen Ende des Tunnelsystems richtete man in den ersten vier Quergängen die berüchtigten »Schlafstollen« her. Die hygienischen Zustände waren unbeschreiblich. Die dort aufgestellten mehrstöckigen Pritschen wurden im Schichtwechsel von verschiedenen Häftlingen belegt. Der Lärm der Minenarbeiten, die Abgase der Dynamitexplosionen, der Gesteinsstaub und die ständig präsenten Kapos und SS-Aufseher machten das Leben zur Hölle. Die Sterblichkeitsrate war extrem hoch. Rüstungsminister Albert Speer besuchte die Baustelle im Dezember 1943 und nannte die Bedingungen für die Häftlinge »barbarisch«. Das als Mitleid zu interpretieren wäre aber falsch, denn Speer lobte gleichzeitig ausdrücklich seinen Untergebenen Kammler für die rasche und konsequente Einrichtung der Fabrik. Speer war klar, dass mit einer so hohen Sterblichkeitsrate und unter solchen Bedingungen keine reguläre langfristige Produktion von High-Tech-Waffen möglich war. Daher war es nur logisch, dass er sich als Rüstungsminister für eine Verbesserung der Umstände einsetzte. Erst im Frühjahr 1944 wurde am südlichen Tunnelausgang das Konzentrationslager Dora eingerichtet, mit allen dazugehörigen Einrichtungen und die »Schlafstollen« konnten aufgelöst werden.

Die V2-Rakete jedoch war Anfang 1944 von ihrer Entwicklung her noch weit von der Einsatzreife entfernt. Auf einem ehemaligen Artillerieschießplatz der polnischen Armee bei Blizna wurden umfangreiche Abschussversuche mit der V2-Rakete gemacht. Wernher von Braun, technischer Leiter der V2-Entwicklung und Walter Dornberger, sein militärisches Pendant, arbeiteten in dieser Zeit eng mit dem Mittelwerk zusammen. Ständig mussten Verbesserungen an der Rakete in die anlaufende Produktion im Kohnstein eingebracht werden. Im Mai 1944 begann im Mittelwerk die eigentliche Serienproduktion der V2-Rakete. Gleichzeitig wurde in den freigewordenen »Schlafstollen« die Produktion der V1-Waffe eingerichtet. Die nördliche Hälfte des Tunnelsystem wurde durch Beschluss des Jägerstabes für die Herstellung von Junkers-Flugzeugmotoren verwendet, vor allem für die Produktion der neuen Strahltriebwerke für den ersten Militärjet, die Messerschmitt Me 262. Das sogenannte »Nordwerk« war strikt von der V2- und V1-Herstellung im südlichen Tunnelsystem getrennt, denn bei Junkers arbeiteten nur Zivil-Angestellte im Tunnel.

Für die technisch besonders anspruchsvollen Arbeiten an der V2-Rakete hatte man unter den KZ-Häftlingen von Buchenwald »Spezialisten« ausgesucht, vorwiegend Franzosen, denen man diese Aufgaben zutraute. André Sellier, Autor des gerade auf deutsch erschienenen Buches »Zwangsarbeit im Raketentunnel – Die Geschichte des Lagers Dora« und ehemaliger Dora-Häftling erzählt: »Ein Angestellter in Buchenwald fragte mich nach meinem Beruf. Ich antwortete: Professor für Geschichte. Er musterte mich mit zweideutigem Blick. Dann zeigte er auf mich und sagte: ab sofort sind Sie Elektromechaniker.« So gelangte André Sellier nach Dora und arbeitete als »Spezialist« an der Kreiseljustierung der V2-Rakete. Die Spezialisten erfuhren eine Vorzugsbehandlung bis gegen Ende der Produktion im März 1945. Trotzdem unterlagen sie dem gleichen menschenverachtenden KZ-Lagersystem und konnten nur mit viel Glück die schrecklichen Evakuierungstransporte im April 1945 überleben. Die Aufnahmen von Frenzt im Mittelwerk zeigen einige dieser ausgewählten »Spezialisten« bei ihrer Arbeit. Die Szenen wurden ganz professionell von ihm inszeniert. Die Häftlinge mussten sauber rasiert sein und sollten auf keinen Fall etwa aussehen wie »Ostarbeiter«. Hitler musste beeindruckt werden, durch die gigantischen Ausmaße der unterirdischen Fabrik, durch die Kompliziertheit der neuen Waffe, durch den scheinbar gelungenen Einsatz von KZ-Häftlingen in Zusammenarbeit mit deutschen Ingenieuren. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schreibt über die Fotos:

»Die Verfremdung durch den Sklavenhalterblick geht aber jedenfalls nicht so weit, dass dem Betrachter suggeriert würde, in der Montagehalle seien fröhliche Stimmen werktätiger Menschen zu hören. Die gestreifte Häftlingskleidung stellt außer Zweifel, dass diese Ausgebeuteten, obwohl ihre Aufmerksamkeit ganz der Arbeit zu gehören scheint, ihr Schicksal nicht vergessen konnten und nicht vergessen sollten.«

Die Kehrseite der Medaille wird auf den Fotos von Frenzt nicht gezeigt. Er blendet Wehrmachtsangehörige, Kapos, SS-Leute systematisch aus. Hier setzen die Ausstellungsmacher gezielt den Kontrapunkt der Ausstellung an. Zeichnungen ehemaliger Häftlinge wie Léon Delarbre und Maurice de La Pintièrre dokumentieren die Realität des Lagers.

Transportkolonnen, Minenarbeiten, Häftlingskameraden, SS-Aufseher, Kapos, Hinrichtungen, ausgemergelte Körper, Leichen sind auf den heimlich gemachten und unter großer Lebensgefahr versteckten Zeichnungen zu sehen. Maurice de La Pintièrre porträtierte die ausgemergelten Gesichter seiner Mithäftlinge oder karikierte die mit

der SS kooperierenden Kapos, die zumeist aus den Reihen der »grünen«, der kriminellen deutschen Zwangsarbeiter stammten.

Über die Authentizität der Fotos gibt es keine Zweifel. Noch lebende ehemalige Häftlinge haben sich und andere auf den Bildern wieder erkannt. Auf einigen Fotos ist auch eine Häftlingsnummer erkennbar. Und schließlich weiß man, wer die Fotos gemacht hat.

Den Ausstellungsmachern war durchaus das Risiko bewusst, dass mit der Präsentation der schöngefärbten Farbfotos von Frenztz, die – so Yves Le Maner – die schwarz-weiße Welt der üblichen KZ-Dokumentationen durchbrechen, vielleicht ein falscher Eindruck entstehen könnte.

»Wir wissen, dass das Thema ›Zwangsarbeiter im Nationalsozialismus‹ ein äußerst sensibles Thema ist, bei dem eine Menge von Fallstricken ausliegen, in die man sich nur allzu leicht verwickeln kann«, so der Direktor des Forschungsinstituts des Deutschen Museums Prof. Dr. Helmuth Trischler bei der Eröffnung der Sonderausstellung. Gerade auch wegen der sensiblen Problematik des Themas in Deutschland hat sich unser Museum entschieden, diese Ausstellung unserer französischen Kollegen in München zu zeigen. »Bilder aus Dora« soll ein Beitrag sein, technikhistorische Fakten nicht nur unter dem technischen Aspekt der Öffentlichkeit zu präsentieren, sondern in einem breiteren Kontext, der die globalen Zusammenhänge erkennen lässt.

»Allzu häufig kommt der Entstehungs- und mehr noch der Verwendungszusammenhang von Wissenschaft und Technik im Deutschen Museum zu kurz, tritt zurück gegenüber der vermeintlichen Eigendynamik der wissenschaftlichen-technologischen Entwicklung, die den Menschen – als Individual- oder Kollektivakteur – in seiner Doppelrolle als Erzeuger und Nutzer von Technik weitgehend ausblendet«, so Prof. Dr. Trischler.

All zu lange stand die Wunderwaffe V2-Rakete allein im Fokus der herausragenden Entwicklungsleistungen deutscher Wissenschaftler und Ingenieure, die den »Mythos der deutschen Raketenpioniere« begründeten. Die FAZ schreibt in einem Artikel anlässlich der Ausstellungseröffnung:

»Schuß ins Weltall nannte der ehemalige militärische Leiter der Heeresversuchsanstalt Peenemünde, Walter Dornberger, 1953 seine Autobiographie, in der er über die Karriere einer großen Erfindung schrieb. Sein Buch markierte den Beginn nicht abreißender Legitimationsversuche von Ingenieuren, Technikern und Militärs, die von einer Mitschuld an KZ-Verbrechen nichts wissen wollten«.

Erfreulicher Weise beschäftigen sich zunehmend gerade auch jüngere Historiker mit der Thematik des Technologietransfers vom hochtechnisierten Nazi-Deutschland in die Länder der Siegermächte.

Es bleibt zu hoffen, dass mit der Zeit so auch in der Öffentlichkeit ein korrektes umfassendes Bild der Gesamtproblematik entsteht. Das Deutsche Museum möchte mit der Sonderausstellung »Bilder aus Dora« einen Beitrag dazu leisten.

Katalog zur Ausstellung

Yves Le Maner, André Sellier: Bilder aus Dora.

Westkreuz-Verlag, Berlin, 88 S., 153 Abb., erscheint im Februar 2001

Buch zur Ausstellung

André Sellier: Zwangsarbeit im Raketentunnel. Geschichte des Lagers Dora.

Klampen-Verlag, Lüneburg, 2000, 627 S., 28 Abb.

*Dipl.-Phys. Dr. rer. nat.
Matthias Knopp,
geboren 1955, kam
1990 als zuständiger
Konservator des
Bereichs Raumfahrt
ins Deutsches
Museum. Neben den
konservatorischen
Tätigkeiten baute
er das Internet-
Informationssystem
des Museums auf.*

»Gut verstehn, nix verstehn«

WANDERAUSSTELLUNG ÜBER DAS KZ MAUTHAUSEN

Stefan Weigang

Mauthausen, ein hübscher Marktflecken in der Nähe von Linz (Oberösterreich), an der Mündung der Enns in die Donau gelegen ...

Sechs Wochen nach der Besetzung Österreichs durch das Deutsche Reich (am 12. März 1938) gründete die SS die Deutsche Erd- und Steinwerke (DEST). Die DEST kaufte unter anderem die Granitsteinbrüche bei Mauthausen. Ab dem 8. August 1938 wurde dort ein KZ errichtet für »schwerbelastete, unverbesserliche und auch gleichzeitig vorbestrafte und Asoziale, das heißt kaum noch erziehbare« Schutzhäftlinge. Mauthausen war eines der wenigen KZ der besonders strengen Kategorie III. »R.u.« war in den Papieren vieler Häftlinge vermerkt: Rückkehr unerwünscht.

»Gut verstehn – nix verstehn« war die wichtigste Frage unter den Häftlingen: ob man sich miteinander verständigen, das Überleben organisieren konnte. Rund 200 000 Häftlinge, darunter 15 000 Kinder bis zu 20 Jahren, litten in Mauthausen unter Krankheiten, mangelhafter Ernährung, harter Zwangsarbeit, schweren Strafen und systematischer Ausrottung. Etwa 100 000 Menschen überlebten das Lager nicht, 6 000 starben auf dem Höchststand im März 1945 im Hauptlager und den 49 Nebenlagern.

Am 14. April 1945 befreiten US-Soldaten das KZ Mauthausen. Im Juni 1949 wurde es Öffentliches Denkmal. Allein 21 nationale Mahnmale wurden in den vier Jahrzehnten bis 1986 errichtet. Das neueste Mahnmal zum Gedenken an die Sinti und Roma wurde 1998 eingeweiht.

Das KZ Mauthausen ist gekennzeichnet durch die »Todestreppe« im Steinbruch und die einzigartige Skulpturenlandschaft mit den nationalen Mahnmalen, die im Bereich der früheren SS-Baracken errichtet wurden.

Wenn das Mitglied des Mauthausenkomitees Otto Wiesner aus Potsdam (90) noch lebt und reisen kann, ist auch ein Zeitzeugengespräch möglich. Und es gibt Musikproduktionen (CD-Produktionen von Joe Zawinul bzw. Mikis Theodorakis) und Filme (»Mühlvierteler Hasenjagd«) für ein Beiprogramm.

Verleihbedingungen

- Material: Fotografien auf PVC-Hartschaumplatten aufgezogen und kaschiert
- Gewicht: 3,1 Kg/Tafel; Maße: A1 (ca. 840 x 600 x 10 mm)
- Anzahl: 25 Tafeln (1 Titeltafel, 1 Texttafel, 23 Bildtafeln)
- Verleih der Ausstellung gegen Abholung oder Kostenerstattung
- Vorab Fotografien aller Tafeln möglich. Tafeln auch in gewünschtem Dateiformat bei Agentur PAGE, Tel. 05 11/924 52 04, Fax 05 11/924 52 05, e-mail: agenturpage@t-online.de
- Transport per Spedition, im Nahbereich Hannover durch uns oder Selbstabholung
- Bei Anwesenheit eines Vertreters unseres Arbeitskreises Reise- und Übernachtungskosten (Privatzimmer angenehm)

Arbeitskreis Geschichte Garbsen, Stefan Weigang, Auf der Horst 40, 30823 Garbsen, Tel. 05137/121139, Fax 05137/121556, e-mail: stefan.weigang@t-online.de

Stefan Weigang
ist Mitglied im
Arbeitskreis Geschichte
Garbsen und als
Referent für Öffentlichkeitsarbeit tätig.